

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 219 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 4/2013 VOM 2. APRIL 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Sieben Millionen
per Informationsvorlage**
Rücklage für TWE-Insolvenz

7 | **Wundersame Entwicklung
einer Bildungseinrichtung**
Die Universität Eberswalde

14 | **Das Goethe-Denkmal
schillert durch die Bäume**
Ungarn 45 Jahre in Eberswalde

Pflasterstraßen sind erhaltenswertes Kulturgut

Eberswalde (bbp). Im Dezember hatte Baudezernentin Anne Fellner den Sanierungsbeirat ob seiner geringen Ausstrahlung auf die Stadtpolitik gescholten. Der Zweck des Beirates, die Stadtverordnetenversammlung in Sanierungsfragen zu beraten, wird allerdings dadurch behindert, daß im Beirat über wichtige Themen meist erst dann informiert wird, wenn innerhalb der Verwaltung schon alles in »Sack und Tüten« ist.

Dies wurde im Februar mit dem neuen Straßengestaltungskonzept für das Sanierungsgebiet offenbar, das eine vollständige Asphaltierung aller vorhandenen Natursteinpflasterstraßen im erweiterten Sanierungsgebiet im Bereich der Eisenbahnstraße und der Seitenstraßen vorsieht. Der Vorsitzende des Sanierungsbeirates Professor Jürgen Peters hatte als Gast an der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt teilgenommen und war überrascht und entsetzt.

»Dieses Konzept widerspricht allen bisherigen Grundsätzen einer behutsamen Stadtsanierung«, erklärte Professor Peters nach der Ausschusssitzung. »Es steht auch im eklatanten Widerspruch zu der 1997 erarbeiteten Gestaltungskonzeption für die Straßenbelege im Sanierungsgebiet. Es ist für mich völlig unverständlich, weshalb so grundsätzlich und vollständig vom damaligen Konzept der Sanierung der Straßenzüge abgewichen wird. Nicht zu akzeptieren ist, daß die Neukonzeption ohne Beteiligung des Sanierungsbeirates im Bauausschuß vorgestellt wird.«

Problematisch ist, daß das vorgestellte Konzept bereits in den aktuellen Planungen umgesetzt wird. Die Vorplanungen für die Ammonstraße war im November, die der Sandberg- und Blumenwerderstraße im Januar und der Zimmerstraße im Februar Beratungsgegenstand im Bauausschuß. Jeweils mit Asphaltbelag auf der Straße und zum Teil Betonsteinen auf dem Gehweg. Der Sanierungsbeirat beschloß daraufhin Anfang März ein Positionspapier. In Vertretung des Beiratsvorsitzenden trug Professor Andreas Linde die Positionen des Sanierungsbeirates am 12. März im Bauausschuß vor. Für die Blumenwerder und die Sandberg-Straße sollte an dem Tag bereits der Baubeschluß gefaßt werden. Professor Linde erläuterte die gut begründeten Kernpunkte. Mit dem Hinweis auf das 2008 von den Stadtverordneten beschlossene »Konzept zur Gestaltung der Anliegerstraßen in den historischen Quartieren der Stadt Eberswalde«, das sich mit dem Erhalt der Pflasterstraßen befaßt, beeindruckte er auch den Ausschußvorsitzenden Wolfgang Sachse.



Anregungen aufgegriffen

»Die Reaktion der meisten Ausschußmitglieder war sehr positiv«, berichtet Professor Linde. »Und auch die Verwaltung (Frau Fellner) bedankte sich für unsere Anregungen und die rasche, konstruktive Reaktion des Beirates.« Die Baudezernentin und die Tiefbau-Amtsleiterin Heike Köhler modifizierten daraufhin spontan die zur Abstimmung vorliegenden Planungen der Blumenwerder und der Ludwig-Sandberg-Straße dahingehend, daß die Parkbuchten nun mit dem Großpflaster versehen werden sollen. Im Falle der Blumenwerder Straße, die momentan asphaltiert ist, geht die Stadtverwaltung »also sogar ein Stück weiter in die Straßengeschichte zurück«, so Linde. Desweiteren sollen auch die Gehwege, soweit möglich, unter Verwendung des historischen Materials gestaltet werden, wobei die »schlesischen Gehwegplatten« vor allem im Bereich der Johanniskirche verwendet werden sollen. »Die Fahrbahnen sollen – hier ändert sich leider nichts – in Asphalt ausgeführt werden. Allerdings kann bei den Planungen weiterer Straßen im Quartier, z.B. bei der Friedrich-Engels-Straße, neu entschieden werden.« Den modifizierten Planungen für beide Straßen stimmten die Ausschußmitglieder danach einstimmig zu. Der Empfehlung des Bauausschuß folgte dann zwei Tage später auch der Hauptausschuß. Eine Beschlußfassung in der Stadtverordnetenversammlung war nicht vorgesehen.

»Ich denke, wir haben hier einen Erfolg erreicht«, resümiert Professor Linde abschließend, »auch wenn der Wermutstropfen, die Asphaltierung der Fahrbahnen, bleibt«. Auch die anderen Mitglieder des Sanierungsbeirates empfinden das Ergebnis, wie es Thomas Winkelbauer formuliert, »als großen Erfolg und Motivation für uns alle, sich weiter zu engagieren.«

Weitere Planungen im April

Das weitere Engagement dürfte auch notwendig sein. Bereits im April stehen weitere Planungen auf der Tagesordnung. So soll der Baubeschluß zur Sanierung der Zimmerstraße gefaßt werden und die Vorplanung für die Wilhelmstraße genehmigt werden.

Der Fahrbahnausbau der Zimmerstraße soll laut der Entwurfsplanung in Asphalt und die Parkstreifen mit dem vorhandenen Kleinpflaster hergestellt werden. Die Gehwege sollen mit Betonplatten diagonal verlegt und ein Ober- und Unterstreifen aus Mosaikpflaster ausgebaut werden. Außerdem ist die Anlage einer Baumreihe geplant.

Auch in der Wilhelmstraße soll die Fahrbahn, die aktuell aus Großsteinpflaster besteht, künftig aus Asphalt hergestellt werden. »Durch den Ausbau des ehemaligen Brauereigeländes muß die Wilhelmstraße entsprechend für den Lieferverkehr ausgebaut werden«, heißt es in der Vorlage. »Parkmöglichkeiten sind daher nur einseitig in einer Breite von 2 Metern realisierbar, sie sollen mit dem vorhandenen Großsteinpflaster hergestellt werden.« Die Gehwege sollen als Befestigung Betonplatten mit Bischofsmützen und Ober- und Unterstreifen aus Mosaikpflaster erhalten. Auf beiden Gehwegseiten sollen nach Möglichkeit Baumreihen angeordnet werden. Der Anschluß an die Friedrich-Engels-Straße soll durch ein »Baumtor« dargestellt werden.

Schräge Töne

Mit Herrn Gerd Markmann zusammen in der Stadtverordnetenversammlung zu sitzen, sei unerträglich, rief Herr Dr. Hans Mai vor ein paar Wochen vor einer Sitzung laut und deutlich, damit es alle Stadtverordneten hören sollten. Mit diesen herabwürdigenden, menschenverachtenden Bemerkung empfing er den neuen Stadtverordneten, mit dem er zukünftig zum Wohle der Stadt Eberswalde zusammenarbeiten muß. Zum Glück sind seine Zeiten als Bürgermeister, in denen er glaubte, über die Anwesenheit und Beschäftigung von Menschen bestimmen zu dürfen, dank vieler Wähler ein für alle mal vorbei. Er hat es während und nach seiner Amtszeit nicht gemerkt und wird es wohl nie begreifen, daß er gerade wegen diskriminierender Äußerungen und Handlungen sein hohes Amt abgeben mußte.

Leider schaden solche herabsetzenden Bemerkungen der politischen Kultur dieser Stadt immer noch. Was kann man eigentlich damit erreichen? Wodurch kann die Anwesenheit eines Menschen, der von den Wahlberechtigten der Stadt Eberswalde frei gewählt wurde und nun als Nachrücker an seiner ersten Versammlung als Stadtverordneter teilnahm, so unerträglich sein, daß Herr Dr. Hans Mai nicht an sich halten konnte? Was kann überhaupt an einem Menschen so unerträglich sein, der als Abgeordneter noch nicht einmal einen Vorschlag einbringen oder seine Meinung sagen konnte? Verdient er nicht wie alle Stadtverordneten unsere Hochachtung, weil er in seiner Freizeit die Stadt in wichtigen Angelegenheiten vertreten will?

Warum haben der Bürgermeister, die Versammlungsleitung, die anderen Stadtverordneten und Angestellten der Stadt diesen durch nichts zu rechtfertigenden Ausbruch überhaupt toleriert? Und warum stellt sich nicht wenigstens ein Mensch, zum Beispiel ein Stadtverordneter der Linkspartei, auf deren Liste Gerd Markmann kandidierte, vor seinen Kollegen und verurteilt diese diskriminierenden Äußerungen? Gehört es nicht auch zu grundlegenden Pflichten der Organe der Stadt Eberswalde, die Würde eines jeden Menschen zu achten und zu schützen?

Wie wollen die Stadtverordneten die Angelegenheiten der Stadt Eberswalde regeln und kontrollieren, wenn sie nicht einmal solche menschenverachtenden Äußerungen gegen eines ihrer Mitglieder tadeln und unterbinden? Wäre es nicht besser, nach Gemeinsamkeiten suchen, damit man die vielen komplizierten Aufgaben und Pflichten bewältigen kann? Wie wollen Stadtverordnete zusammenarbeiten und den Willen der Bürger vertreten, wenn Sie sich nicht gegenseitig schützen?

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete, sollten Sie nicht mit gutem Beispiel voran gehen? Denken sie bitte einmal darüber nach, denn soviel Zeit muß einfach sein!

Dr. MANFRED PFAFF

Erster Mai in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gab es eine Strukturreform. Rückgrat der gewerkschaftlichen Organisation sind nun die neugebildeten ehrenamtlichen Kreisverbände. Diese sind »für die Planung, Vorbereitung und Umsetzung von gewerkschaftlichen Aktionen und Projekten« innerhalb der Landkreise zuständig. Das gilt erstmals auch für die Vorbereitung der Aktionen zum diesjährigen Ersten Mai.

Die gewerkschaftliche Hauptveranstaltung findet 2013 wieder in Eberswalde auf dem Marktplatz statt. Der Barnimer DGB-Kreisvorsitzende Ralf Kaiser hatte am 19. März das »Vorbereitungskomitee« zur ersten Beratung eingeladen. Neben Gewerkschaftern waren politische Akteure der Bürgerfraktion Barnim, der Linken und der SPD vertreten. Das Kiezmagazin im Brandenburgischen Viertel »Maxe«, die Eberswalder Regionalgruppe der Zeitschrift »Rotfuchs« und die »Barnimer Bürgerpost« wollen sich mit einem Gemeinschaftsstand an der Maiveranstaltung des DGB beteiligen.

Eine Mai-Demonstration, wie in den Vorjahren bis 2011 soll es diesmal nicht geben. Etwa

eine Stunde lang soll die Politik inhaltlicher Schwerpunkt sein. Danach wird das DGB-Maifest in ein Familienfest unter dem Motto »Sport gegen rechts« übergehen.

Beginn ist 10 Uhr auf dem Eberswalder Marktplatz. Einer der Hauptredner des politischen Teils soll auf Vorschlag der Linken der Brandenburger Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Ralf Christophers sein. Ob auch aktive Basisgewerkschafter, beispielsweise vom Werner-Forbmann-Krankenhaus oder vom im Vorjahr abgewickelten Walzwerk Finow zu Wort kommen, blieb bis zum BBP-Redaktionsschluß offen. Inzwischen wurde auch angeregt, in Anlehnung an die Erfahrungen der Montagsdemos, die Möglichkeit für ein »offenes Mikrofon« zu schaffen. Es sollten auch die aktuell anstehenden Tarifkonflikte, wie beispielsweise im Einzelhandel thematisiert werden. Auch grundlegende Themen, wie die Forderungen nach der 30-Stunden-Woche und Mindestlöhne von wenigstens 8,50 Euro, sollten am Ersten Mai thematisiert werden.

Am 2. und am 16. April gibt es weitere Beratungen des »Vorbereitungskomitees«.



»Schule machen« in Panketal

Panketal (bbp). Der überwältigende Erfolg des Einwohnerantrags der Initiative »Sozialverträgliche Kostenbeteiligung Trinkwasser« macht Mut. Noch während die Unterschriftensammlung für den Einwohnerantrag lief, starteten Panketaler Eltern ein Bürgerbegehren für die Einrichtung einer dritten Grundschule.

Wieder war es eine Entscheidung der Gemeindevertretung, die Frust auslöste, der dann in aktiven Widerstand mündete. Der Panketaler Gemeindevertreter Stefan Stahlbaum berichtet auf seinem Internetblog (www.worldwide-brandenburg.de): »Nach Jahren des Wartens, diversen Vertröstungen und nicht gehaltenen Versprechen sollte die extrem beengte Raumsituation an Panketals Grundschulen durch den Bau eines dritten Standortes endlich entspannt werden. Am Abend der Entscheidung zauberte Bürgermeister Rainer Fornell allerdings quasi in letzter Sekunde einen andern Vorschlag aus dem Hut, überzeugte damit eine Mehrheit der Gemeindevertreter und die Lösung des Problems wurde schließlich zu einem Ergänzungsbau eingedampft.«

Betroffene Eltern schlossen sich zur Bürgerinitiative »Pro dritte Grundschule« zusammen und starteten am 8. März ein kassierendes Bür-

gerbegehren. Zu den Vertretern der BI gehören Ricarda Altmann, Matthias Schaarschmidt, Torsten Brama und Doris Stahlbaum. Der Entscheidung vorausgegangen war ein Beratungstreffen mit einem Vertreter des Vereins »Mehr Demokratie«.

Mit der Errichtung eines dritten Schulstandortes (zweizügig mit Hortanbau, Mensa und Sporthalle) streben die Initiatoren »eine wirklich nachhaltige Entwicklung an«, die ein Ergänzungsbau nicht bietet. Sie befürchten sogar, daß die »etwas bessere Notlösung« einige der bestehenden Mißstände für die Zukunft festschreibt. Deshalb wollen die Bürger die räumlichen Bildungsbedingungen ihrer Kinder jetzt selbst in die Hand nehmen und im wahrsten Sinne des Wortes »Schule machen«.

Für einen Erfolg müssen zunächst etwa 1.770 Unterschriften von Wahlberechtigten am vollendeten 16. Lebensjahr gesammelt werden. Im Erfolgsfall muß die Gemeindevertretung erneut entscheiden. Falls die Gemeindevertreter gegen das Bürgerbegehren stimmen, kommt es zu einer Bürgerentscheid, dessen Ergebnis ein verbindlicher Auftrag an die Verwaltung ist.

Für die Rechte Lohnabhängiger **Keine Volksverhetzung**

AfA-Barnim im SPD Unterbezirk Barnim mit neuer Führungsspitze

Eberswalde (afa). Am 27. März fand im Café »Charlys Eck« im Eberswalder Ortsteil Finow die Wahl für den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im SPD-Unterbezirk Barnim (AfA Barnim) statt. Unter den 16 Anwesenden waren auch die beiden Wahlkreiskandidaten der SPD für den Deutschen Bundestag Stefan Zierke (Wahlkreis 57) und Olaf Mangold (WK 59) mit ihren Wahlkampfleitern, der Vorsitzende der DGB-Region Ostbrandenburg Olaf Himmel, Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion und des Unterbezirksvorstandes Barnim sowie der stellv. Brandenburger AfA Landesvorsitzende Robert Crumbach. Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Finow, Ringo Wrase, leitete die Versammlung.



Der langjährige Vorsitzende der AfA Barnim Jens Gröger, Landesfachbereichsleiter Verkehr im ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, hatte bereits im vorigen Jahr aus beruflichen Gründen seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur erklärt und der bislang einzige Kandidat für den AfA-Vorsitz hatte 14 Tage vor der Wahl seine Kandidatur zurückgezogen.

Das versprach, eine spannende Wahl zu werden. Mario Chudoba, Personalrat in der Kreisverwaltung und Mitglied im Ortsverein Finow, und der bisherige Beisitzer im AfA-Vorstand Jörg Weprajetzky aus Biesenthal warfen ihren Hut in den Ring. Jörg Weprajetzky setzte sich mit 6 zu 5 Stimmen knapp gegen Mario Chudoba durch. Letzterer bewarb sich daraufhin um den stellvertretenden Vorsitz. Dafür lag bereits vorab die schriftliche Bewerbung des bisherigen Stellvertreters Andreas Bergener aus Melchow vor. Bergener ist Vorsitzender des Ortsvereins Biesenthal-Barnim und Personalratsvorsitzender bei der Bundeswehrverwaltung in Strausberg. Nach einem Patt im ersten Wahlgang hatte Mario Chudoba im zweiten Wahlgang mit 6 gegen 4 Stimmen Erfolg.

Ohne Gegenkandidaten wurden schließlich Werner Voigt vom Ortsverein Eberswalde zum Webmaster, Heiko Schult aus Westend zum Schriftführer und Ringo Wrase als Beisitzer gewählt. Schult und Wrase gehören dem SPD-Ortsverein Finow an. Der Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung Wandlitz Heiko Schult gehört dem Unterbezirksvorstand Barnim an, während Ringo Wrase Stadtverordneter in Eberswalde ist.

Ziel der AfA Barnim ist es, sich vermehrt für die Rechte und Belange aller lohnabhängig Beschäftigten im Landkreis Barnim einzusetzen. Das fängt in den klein- und mittelständischen Unternehmen an und endet in den öffentlichen Verwaltungen der Städte und Gemeinden sowie des Landkreises nebst den kommunalen Gesellschaften. Die Forderung zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro gehört dazu.

Die Anwesenden sprachen sich mehrheitlich für die Bildung einer gemeinsamen AfA-Region Barnim-Uckermark aus. Der SPD-Unterbezirksvorstand Uckermark hat das bereits beschlossen. Der neue AfA-Vorstand begrüßt diesen Schritt ebenso wie der AfA-Landesvorstand. Nun muß nur noch der SPD-Unterbezirksvorstand Barnim von der Fusion überzeugt werden. Der Vorsitzende des Unterbezirksvorstandes Daniel Kurth hat dazu bereits eine zeitnahe gemeinsame Sitzung der beiden Unterbezirksvorstände mit dem AfA-Vorstand zugesagt. (www.spd-finow.de)

Eberswalde (bbp). Ein gegen den verantwortlichen Redakteur der »Barnimer Bürgerpost« eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ist von der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) eingestellt worden. Hintergrund war ein Beitrag in der Dezemberausgabe der »Barnimer Bürgerpost«, der sich in kritisch-satirischer Form mit der Gestaltung der eingemauerten »Baumsynagoge« auseinandergesetzt hatte. Ein unbekannter Befürworter des Mauerdenkmals hatte deshalb, wahrscheinlich unter Zuhilfenahme eines Leverkusener Rechtsanwaltsbüros, Strafanzeige erhoben.

Geheimnis hinter der Wand

Dort wächst etwas heran, von dem niemand etwas genaues weiß. Eine Gruppe erhabener Bildungsbürger verfügt über das nötige Spezialwissen. Professoren aus Hamburg und »Gedankenexperten« aus Übersee werden herangezogen, um Exklusivität zu erzeugen. Die erleuchteten Bildungsbürger erlangen damit das Mittel zur Machtausübung über die anderen, die Außenstehenden, den Plebs. Denn jene wissen nicht, was hinter der Mauer heranwächst. Ihnen bleibt der Einblick versagt, sie müssen sich auf die Predigten der Eingeweihten verlassen.

Eine Gedenkstätte soll es sein. Es ist wichtig für unsere Stadt und ihre Einwohner sich zu erinnern. Die Idee von den wachsenden Bäumen, die irgendwann die Silhouette der 1938 vernichteten Eberswalder Synagoge nachempfunden, war genial. Eine Mauer drumherum zu bauen, für teures Geld zumal, das Gegenteil.

Die konkrete Gestaltung des Denkmals in der Goethestraße symbolisiert den Verzicht auf die offene Auseinandersetzung mit der Geschichte, den gesellschaftlichen Zusammenhängen und sozialökonomischen Ursachen – mit dem noch fruchtbaren Schoß. Das Beschwören des Geheimnisvollen lenkt davon ab, schürt Mißtrauen und Angst als Grundlagen von Haß. Im speziellen Fall von Judenhaß.

Nicht die Kritik an dieser eingemauerten Baumsynagoge ist antisemitisch und »volksverhetzend«, sondern das konkrete Denkmal selbst. Erbärmlich und feige zudem die Art und Weise der Auseinandersetzung. Offene Diskussion wird gescheut, stattdessen auf administrative Machtmittel gesetzt. Das hatten wir doch schonmal.

GERD MARKMANN

Einwohnerantrag in Panketal mit überwältigendem Erfolg

Panketal (bbp). Der Einwohnerantrag »Pro Gebührenmodell« in Panketal wurde Ende März abgeschlossen. Mit überwältigender Teilnahme. Innerhalb von 50 Tagen haben 5.018 Panketalerinnen und Panketaler die Listen unterschrieben. Das entspricht einem Anteil von 28 Prozent der Wahlberechtigten.

Mit ihrer Unterschrift votierten sie für die Einführung des Gebührenmodells bei der Finanzierung von Investitionen im Trinkwas-

serbereich. Die Gemeindevertretung hatte sich im Vorjahr entgegen zahlreicher Einwände für das Beitragsmodell entschieden, mit dem auch sogenannte Altanschlößer zur Kasse gebeten werden.

Die Initiatoren der Bürgerinitiative »Sozialverträgliche Kostenbeteiligung Trinkwasser« versprechen sich vom Gebührenmodell eine bessere Planbarkeit, eine sozialverträgliche und verbrauchsabhängige Kostenbeteiligung, keine

Extrembelastungen und das Ganze bei hoher Rechtssicherheit. Die hohe Beteiligung zeigt, daß nicht nur die besonders betroffenen Besitzer großer Grundstücke gegen die Erhebung von Beiträgen sind.

Der Einwohnerantrag steht nunmehr am 22. April auf der Tagesordnung der Panketaler Gemeindevertretung. Im Falle einer Ablehnung durch die Gemeindevertreter, wird es einen Bürgerentscheid geben.

Umschuldungen

Eberswalde (bbp). In den Jahren 2014 und 2016 laufen jeweils zwei Darlehen der Stadt Eberswalde aus. Die Restschuld beträgt rund 2,5 bzw. 2 Millionen Euro. Angesichts des historischen Tiefststandes der Zinsen schlägt die Stadtverwaltung eine Umschuldung in Form von sogenannten Forward-Darlehen vor. Damit könne das heutige Zinsniveau bis zu 48 Monate vor dem eigentlichen Darlehensbeginn gesichert werden. Allerdings ist dafür ein monatlicher Aufschlag von 0,2 bis 0,3 Prozent zu bezahlen, womit die 2014er Darlehen ca. 0,24 Prozentpunkte und die 2016er Darlehen sogar mehr als 1 Prozentpunkt über dem aktuellen Zinssatz liegen werden. Die Stadtverwaltung spekuliert auf einen Anstieg des Zinsniveaus in den nächsten Jahren. An eine Tilgung der Schulden ist nicht gedacht.

Daneben sollen die Darlehen unter Zuhilfenahme einer Zwischenfinanzierung in zwei Darlehen zusammengefaßt werden. Über die Forward-Darlehen sowie die kurzfristigen Zwischenfinanzierungen soll am 25. April die Stadtverordnetenversammlung entscheiden.

Namenlose Spender

Eberswalde (bbp). Am 21. März lag den Eberswalder Stadtverordneten unter anderem der aktuelle Bericht der städtischen Antikorruptionsstelle zur Information vor. Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde stellte einige Verständnisfragen.

»Die Antikorruptionsstelle hatte der Stadt vorgeschlagen«, so Triller, »den Entwurf der Spendenrichtlinie dahingehend zu überarbeiten, daß ausnahmslos alle Spender ab 500 Euro namentlich genannt werden sollen. Sie orientierte sich dabei an der entsprechenden Richtlinie der Landesregierung, die sich ihrerseits wiederum an der Bundesrichtlinie orientiert.« Die geltende Spendenrichtlinie vom 28.6.2012 hingegen regelt, »daß eine namentliche Nennung der Spendengeber nur dann vorgenommen wird, wenn diese mit der Veröffentlichung der Angaben einverstanden sind.« Der Stadtverordnete fragte, ob damit nach Meinung der Antikorruptionsstelle Transparenz eingeschränkt werde, »und folglich der Anschein von Parteilichkeit der öffentlichen Verwaltung entsteht? Liegt im Verzicht auf Namensnennung von Spendern ein Rechtsmangel, weil dies im Widerspruch zur Landes- und Bundesrichtlinie steht? Haben Spender tatsächlich verlangt, daß ihre Namen nicht veröffentlicht werden?« Und schließlich: »Ist die Stadt also käuflich?«

Ein rechtlicher Mangel bestünde nicht, informierte Heike Schindler vom Rechtsamt der Stadt. Die Antikorruptionsstelle halte die Namensnennung aber für wünschenswert. Bürgermeister Friedhelm Boginski ergänzte, daß er kein Problem damit habe, die Richtlinie entsprechend zu ändern. Die Größenordnung der Spenden sei nicht so groß, daß die Stadt auf diese Spenden angewiesen wäre.

Leitlinien »Eberswalde 2030« diskutiert

Eberswalde (bbp). Für den 17. April lädt die Baudezernentin Anne Fellner um 18 Uhr zu einem Workshop »Eberswalde 2030« in das Tourismuszentrum im Familiengarten ein. Sie verweist auf verschiedene Expertenrunden und öffentliche Diskussionsveranstaltungen, wie beispielsweise »Übermorgen Eberswalde«, in denen sie zahlreiche Anregungen sammeln konnte. Im Ergebnis und in Fortsetzung dieser Aktivitäten sei ein Entwurf über die strategischen Leitlinien erarbeitet worden über den am 17. April diskutiert werden soll.

»Die Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung verändern sich«, heißt es in der Präambel des Leitlinien-Entwurfs. »Auf die Stadt warten neue Herausforderungen. Der abzunehmende Bevölkerungsrückgang wird Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung (Fachkräfte, Bildung) und für die

Stadtentwicklung (bezahlbare Wohnraumversorgung, Barrierefreiheit) haben. Auch die aktuellen Themen Energieversorgung und Klimaschutz erfordern ein Weiterdenken in der Stadtentwicklung.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, will die Stadt Eberswalde ihre Leitlinien aktualisieren. Diese Leitlinien skizzieren den Weg, das Ziel ist Eberswalde 2030. In einem späteren Arbeitsschritt werden die Leitlinien mit konkreten Projekten unteretzt. Auf diese Weise kann es gelingen, Antworten auf die neuen Herausforderungen für die Stadt Eberswalde zu finden.«

Im folgenden werden zehn Bereiche für die Leitlinien genannt (Leben, Soziales & Kultur; Wirtschaft; Bildung; Zuzugs- und Bleibestrategie; StadtRegion; Stadt und Stadtteile; Finowkanal; Nachhaltigkeit; Barrierefreiheit; Marketing) und mit Slogans unteretzt.

Spendenbericht für 2012 liegt jetzt vor

Eberswalde (bbp). Insgesamt haben die Stadtverwaltung und ihre Gliederungen im Jahr 2012 Spenden in Höhe von 41.150 Euro eingenommen. Das geht aus dem jetzt vorgelegten Spendenbericht der Stadtverwaltung Eberswalde hervor. Von den Spenden des Vorjahrs waren 19.500 Euro noch nicht ausgegeben. Im Jahr 2012 wurden 33.573 Euro verausgabt, so daß am Jahresende noch 27.077 Euro an Spendengeldern zur Verfügung standen.

Ein reges Spendenaufkommen vor allem an Kleinspenden von meist weniger als 100 Euro verzeichnen die KITAS der Stadt. Insgesamt kamen mehr als 7.000 Euro zusammen, davon der größte Posten mit 2.121 Euro von 28 Einzelspendern für eine »Matschanlage« in der Kita Nesthäkchen.

Die Grundschule »Schwärzese« wurde von der Stiftung Kinderträume mit 3.000 Euro bedacht, die zweckgebunden für das Projekt Leseförderung eingesetzt werden sollen. Der

Club am Wald bekam 1.000 Euro für einen Billardtisch. Für die Aktion »Hurra ich bin ein Schulkind« gab es 300 Euro von der GLG.

Größere Spenden gab es für den Kulturkalender mit 6.840 Euro und das Stadtfest »FiNE« mit 10.550 Euro. Die Spender werden hier nicht genannt. Es handelte sich um kommunale und private Unternehmen sowie Vereine. Größter namentlich genannter Spender ist die Sparkasse Barnim mit 7.680 Euro für die Kleine Galerie und 2.000 Euro für die »Lange Nacht der Wirtschaft«. Schließlich kam noch eine größere Summe, rund 1.400 Euro, im Spendentrichter des Eberswalder Tierparks zusammen.

Außerdem erhielt die Stadt Sachspenden im Wert von knapp 5.000 Euro, darunter als größten Posten eine Kindernestschaukel im Wert von gut 2.800 Euro von der Siedlergemeinschaft Clara-Zetkin-Siedlung e.V. für den dortigen Spielplatz.

Sieben Millionen per Information

Eberswalde (bbp). Wenn es um Ausgaben oder Einsparungen von ein paar tausend Euro geht, wird in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung gerne mal ausführlich und bis aufs Messer diskutiert. Am 21. März ging es um sieben Millionen. Eine Rückstellung in dieser Höhe in den Stadthaushalt sei nötig, um für die 2019 geplante Insolvenz der TWE Technische Werke Eberswalde GmbH vorzusorgen. Dazu sei die Stadt als Gesellschafterin der TWE gemäß der Haushaltsrichtlinien verpflichtet. Dementsprechend sei auch kein Beschluß zu fassen. Die Stadtverordnetenversammlung muß das nur zur Kenntnis nehmen. Somit gab es am 21. März zu den sieben Millionen Euro lediglich eine Informationsvorlage.

Dabei zeige, so Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, allein die

Höhe der finanziellen Auswirkungen auf den Stadthaushalt den grundsätzlichen Charakter der Angelegenheit. »Mit den Rückstellungen soll die Stadt vor den Folgen der sich abzeichnenden Insolvenz der TWE gesichert werden. Tatsächlich steht aber die Fortexistenz der TWE als Betreiber wichtiger Gemeinwohlaufgaben zur Debatte.« Dazu sei eine Willensbildung und Beschlußfassung durch die Stadtverordnetenversammlung geboten. Statt die Mittel in einer Rücklage zu parken, sollten sie besser eingesetzt werden, um die Insolvenz der TWE zu verhindern. Das Ansinnen der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, die Informationsvorlage in eine Beschlußvorlage umzuwidmen, unterstützten neun Stadtverordnete, bei 15 Gegenstimmen aus den Fraktionen FDP/BFB, DIE LINKE, CDU und Freie Wähler.

Geheimer Vergleich beanstandet **Betrauungsakt**

Eberswalde (bbp). In nichtöffentlicher Sitzung stimmten am 21. März die Eberswalder Stadtverordneten mehrheitlich einem Vergleich der Stadt mit ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft, der TWE Technische Werke Eberswalde GmbH, zu. Die Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde (BfDE) hatte zuvor beantragt, in öffentlicher Sitzung darüber zu befinden. Bei dem Vergleich ging es um die Klärung einer vermögensrechtlichen Folge aus dem Spendenskandal. »Schon der Versuch, die Angelegenheit nicht öffentlich zu behandeln«, meinte Albrecht Triller (BfDE), »muß bei den Bürgern berechtigtes Mißtrauen hervorrufen«. Im übrigen sei der Hintergrund längst bekannt und die Entscheidung lange überfällig.

Im Prozeß gegen Ex-Bürgermeister Reinhard Schulz stellte das Landgericht Frankfurt (Oder) in öffentlicher Sitzung klar, daß die »sogenannten Spenden« im Zusammenhang mit dem Verkauf der Stadtwerke als verschleierte Anteile des eigentlich gewollten Kaufpreises zu bewerten sind. Darüber könne auch in öffentlicher Sitzung befunden werden. Zudem enthalte die Vorlage selbst keine schutzbedürftige Informationen, so Triller. Die Verwaltung habe

die Möglichkeit und die Pflicht, »bei der Vorlagenerarbeitung zu gewährleisten, daß die Vorlagen öffentlich behandelt werden können bzw. nichtöffentliche Elemente gesondert behandelt werden«. Das entspreche dem Grundsatz der Kommunalverfassung, wonach »die Sitzungen der Gemeindevertretung ... öffentlich« sind, sofern nicht »überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnete Interessen Einzelner es erfordern«, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Der BfDE-Antrag wurde ungeachtet der vorgebrachten Argumente von einer Mehrheit aus Mitgliedern der Fraktionen FDP/BFB, DIE LINKE, CDU und Freie Wähler abgelehnt.

Eine Woche nach der Beschlußfassung wandte sich Triller an den Bürgermeister und die Kommunalaufsicht mit der Forderung, den Beschluß zu beanstanden. Die nichtöffentliche Behandlung sei rechtswidrig. Die Notwendigkeit dafür wurde nicht nachgewiesen und der Antrag auf Öffentlichkeit einfach mit Mehrheit abgewiesen. Damit sei gegen den § 36 der Brandenburger Kommunalverfassung (Öffentlichkeit der Sitzungen) verstoßen worden, was den Bürgermeister verpflichte, den Beschluß zu beanstanden.

Die Technischen Werke Eberswalde (TWE) waren auf der Stadtverordnetenversammlung am 21. März Schwerpunktthema. Um den drohenden Insolvenzfall dieser städtischen Gesellschaft zu verhindern, so brachten es mehrere Redner zum Ausdruck, müsse die Stadt einen ausreichenden Verlustausgleich zahlen. Dazu sei die Stadt nicht nur als Eigentümerin verpflichtet, sondern auch deshalb, weil die TWE mit der Betreibung des Sportzentrums baff eine wichtige Funktion wahrnimmt, die der Kommune obliegt. Daß ein solcher Verlustausgleich zu leisten ist, daran ließ auch Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff keinen Zweifel. Bis zur Sommerpause werde es eine entsprechende Beschlußvorlage geben, kündigte er an.

Schon jetzt hatten die Stadtverordneten über einen sogenannten »Betrauungsakt« zu entscheiden, der allerdings nur das Schwimmbad einbezieht. Laut Verwaltungsdezernent handelte es sich um eine Formalität, mit der die Zuschußzahlung die TWE mit dem Beihilferecht der Europäischen Union in Übereinstimmung gebracht werden soll. Damit werde das eher als gering eingeschätzte Risiko einer möglichen Rückzahlungsverpflichtung seitens der TWE ausgeschlossen.

Der Betreibervertrag zur Schwimm- und Sporthalle aus dem Jahr 2001 werde davon nicht berührt, hatte Bellay Gatzlaff auf Nachfrage von Albrecht Triller (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) schon im Finanzausschuß versichert. Diesen Fakt mit in die Sachverhaltsdarstellung aufzunehmen, wurde jedoch abgelehnt.

Im Gegensatz zum Betreibervertrag befreit der Betrauungsakt die Stadt ausdrücklich von einer Verpflichtung zur Ausgleichszahlung. Zudem bleiben die Sporthalle unberücksichtigt und die Formulierungen zum »Gemeinwohl« vage. Die Vorlage lasse viele Fragen offen, so Triller, der ihr daher seine Zustimmung verwehrte.

Neuer Farbtupfer im Kiez **Frühjahrsputz am 13. April**

Eberswalde (bbp). Mit einem neuen Farbtupfer im Brandenburgischen Viertel wartet seit März die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft auf. Der im Ortsteil wohnende Graffiti-Künstler Karsten Lehmann gestaltete den Giebel eines Wohnblocks in der Finsterwalder Straße. Der Giebel war nach dem Abriß des Nachbarhauses mit einer neuen Fassade versehen worden und machte auch wegen der umliegenden Brachflächen einen kahlen Eindruck. In unmittelbarer Nachbarschaft soll demnächst ein früherer Parkplatz in Zusammenarbeit von WHG, der Stiftung »Waldwelten« der Kita »Arche Noah« und dem Eltern-Kind Zentrum naturnah gestaltet werden.



Manche Briefkästen können es kaum noch erwarten, bis es wieder wärmer wird. Dann gefriert auch der Eimer mit dem Putzlappen nicht mehr in der Hand. Beherzte Hausgenossen nehmen sich dann ein Herz und den weiteren Bakterien ihre Entwicklungsgrundlage. Dann sieht es nicht nur wieder schön aus, sondern die Zeitungszusteller freuen sich auch, sich nicht mehr ihre Hände schmutzig machen zu müssen. Vielleicht kommt dann noch ein Eigentümer und streicht die Kästen neu an. Dann ist das (Frühlings-)Glück perfekt!

JÜRGEN GRAMZOW



SPD Finow beteiligt sich am Frühjahrsputz

Wie in den letzten drei Jahren beteiligt sich auch in diesem Jahr der SPD Ortsverein Finow am Frühjahrsputz in Eberswalde. Wir haben uns die Reinigung des Schwanenteiches und des Spielplatzes an der Bahnhofstraße vorgenommen. Darüber hinaus unterstützen wir die Mitglieder der evangelischen Kirchengemein-

de bei der Reinigung des Umfeldes der Kirche. Wir bitten die Einwohner von Finow uns tatkräftig zu unterstützen. Nach getaner Arbeit wird ein Imbiß gereicht. Treff ist am Samstag, 13. April um 9 Uhr auf dem Kirchhof in der Eberswalder Straße in Finow.

RINGO WRASE

Sonnabend, den 13. April
Frühjahrsputz 2013
 im Brandenburgischen Viertel und in ganz Eberswalde!

Zentraler Treffpunkt:
Pölsdamer Platz, 9 Uhr
 Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Engelke und der Ortsvorsteher Carsten Jörn stellen den Startauß für den Frühjahrsputz im Kiez. Die auftraggebende Wohnungsverwaltung WHG, WHG, AWO und TAG Immobilien informieren und realisieren mit eigenen Ausfahrten zu Ihren konkreten Vorhaben am Tag des Frühjahrsputzes.

Ein sauberer Kiez, eine saubere Stadt Eberswalde! Wir sind dabei!

Ab 12 Uhr, nach gemeinsamer Arbeit, gibt es für alle teilnehmenden Teilnehmer und Teilnehmerinnen ein kostenloses Mittagessen und auf der Terrasse des AWO-Pflegeheimes »Waldwelten« in der Besenauer Straße 1.

(neu) gewählt

Sprecherrat »Soziale Stadt« gewählt

Eberswalde (bbp). Am 20. März fand das Bürgerforum zur Neuwahl des Sprecherrates »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel statt. Von den 30 Anwesenden nahmen etwa 25 an der Wahl teil. Bis zu 21 Mitglieder kann der Sprecherrat laut seiner Geschäftsordnung umfassen. Acht Plätze werden institutionell besetzt. Neben der von der Stadt angestellten Quartiersmanagerin sind das die Vertreter des Seniorenbeirats, des Kinder- und Jugendparlaments, des Barnimer Migrationsbeirates sowie der vier im Viertel agierenden Wohnungsgesellschaften WHG, WBG, TAG und AWO.

Somit blieben 13 Sprecherratsitze, die mittels Bürgerbeteiligung gewählt werden konnten und um die sich 14 Kandidatinnen und Kandidaten bewarben. Eine Änderung der Sprecherratsgeschäftsordnung ermöglichte auch »BürgerInnen und Einrichtungen, die an ei-

ner aktiven Mitarbeit zur Verwirklichung der gesetzten Ziele bereit sind« eine Kandidatur. Acht Einwohnerinnen und Einwohner aus dem Kiez schafften den Einzug in den Sprecherrat, darunter fünf, die als sich als Bürgerin oder Bürger ohne eine entscheidende Einrichtung im Hintergrund bewarben.

Auf der konstituierenden Sitzung wählte der Sprecherrat den Angestellten der städtischen Pressestelle Alexander Leifels zum Vorsitzenden. Mit 5 gegen 4 Stimmen bei mehreren Enthaltungen behielt er die Oberhand über die bisherige Vorsitzende Aileen Schlemonat, die aber mit großer Mehrheit zur Stellvertreterin gewählt wurde. Zweite Stellvertreterin ist gemäß der neuen Geschäftsordnung mit der Quartiersmanagerin Cornelia Sprengel. Neben dem Vorsitzenden ist sie die zweite städtische Mitarbeiterin im Sprecherratsvorstand.



Die Mitglieder des Sprecherrates Toralf Schmidt (AWO), Irina Dessert, Gerd Markmann, Aileen Schlemonat, Alexander Leifels, Frank Neumann, Jörg Zaumseil, Marco Reinhardt (WBG), Cornelia Sprengel (Quartiersmanagement), Walter Papritz, Frank Bestrizki, Jan Toron, Hans-Georg Pertzsch (v.l.n.r.). Nicht anwesend waren: Martin Hoeck, Thomas Österling, Jenny Wörpel, Edeltraud Jubi (Nachrücklerin), Jens Aßmann (WHG) sowie die noch nicht benannten Vertreter von Seniorenbeirat, Kinder- und Jugendparlament, Migrationsbeirat und TAG.

»Soziale Stadt« in Eberswalde – Chefsache im Rathaus?

Eberswaldes Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) scheint gut einundeinhalb Jahre vor seiner persönlich angestrebten Wiederwahl im Herbst 2014 die Zügel im Rathaus straffer zu ziehen und Kernthemen zur Chefsache zu erklären. Neben der Sportentwicklung und der Sportstättenplanung scheint es nun das Programm »Soziale Stadt« zu sein.

Dies scheint nicht nur der Tatsache geschuldet zu sein, daß die neue Dezernentin für Bildung, Soziales, Kultur und Ordnung Regina Dolores Stieler-Hinz sich noch in der Einarbeitung befindet. Zumal sie mit ihrem SUPERDEZERNAT ein kommunales »Gemischtwarenangebot« zu verantworten hat. Vielmehr verfügt sie in den Arbeitsebenen ihrer Fachämter in der Breite nicht unbedingt über belastbares, kreatives, konzeptionell agierendes Spitzenpersonal, das zeitnah in der Lage ist, fach- und sachbezogene kommunale Zusammenhänge herzustellen sowie bürgerfreundlich und bürgernah im Sinne einer modernen dienstleistungsorientierten Verwaltung zu agieren.

Zu den Kernthemen in ihrem Dezernat gehört auch die Federführung im Bund-Länder-Förderprogramm »Soziale Stadt«, dessen Förderkulisse überwiegend im Ortsteil Brandenburgisches Viertel beheimatet ist. Die vorderster medialen Schlagzeilen wie: »Mitarbeiter der Pressestelle führt Sprecherrat an« oder »Neuer Sprecherrat, Leifels ist Vorsitzender« sind schon interpretationsbedürftig und für die Eberswalder Einwohnerinnen und Einwohner insbesondere im Brandenburgischen Viertel inhaltlich schwer nachvollziehbar. Alexander Leifels, im beruflichen Leben Mitarbeiter der Pressestelle im Eberswalder Rathaus, fällt bisher durch seine Körpergröße und seine bodygardhafte Traumfigur, das jedes Frauenherz höher schlagen läßt, auf. Mit konkreten Taten konnte er sich bislang weniger hervortun. Im Brandenburgischen Viertel ist er ordnungsbehördlich gemeldet und damit Einwohner des Ortsteiles. Daß er nun nach den Strapazen seines anstrengenden medialen Arbeitsalltages sich im wohlverdienten Feierabend die Zeit nimmt, um sich den nicht einfachen Heraus-

forderungen eines bürgerschaftlichen Engagements im Kiez zu stellen, nahmen die meisten Teilnehmer an der Sprecherratswahl mit wohlwollendem Erstaunen auf. Noch überraschender war, daß er sich in der anschließenden konstituierenden Sitzung in eine Kampfabstimmung um den Vorsitz stürzte und die bisherige, inhaltlich und organisatorisch meist überforderte Vorsitzende Aileen Schlemonat im direkten Duell 5:4 knapp besiegen konnte.

Außenstehende könnten leicht vermuten, daß es zwei Lager im Sprecherrat gibt. Alexander Leifels werden am nächsten Tag die Glückwünsche seines Arbeit- und Auftraggebers Bürgermeister Friedhelm Boginski gewiß gewesen sein. Hat er sich doch wacker geschlagen und mit mecklenburg-vorpommerscher Kühle und Gelassenheit die »Enterung« des Vorsizes im Sprecherrat in »Piratenmanier« durchgezogen. Es ist aber nicht auszuschließen das »Kapitän« Leifels sich für neue Aufgaben warm läuft und womöglich in absehbarer Zeit seinen Arbeitsort vom Eberswalder Rathaus in das Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertel an der Schorfheidestraße 30 verlegt.

Zum Sprecherrat »Soziale Stadt« und dessen Wahlprozedere 2013 ist mehr als kritisch anzumerken, daß dies nichts aber auch gar nichts mit einem transparenten und nachvollziehbaren demokratischen Prozeß zu tun hatte. Von den etwa 30 Anwesenden kam im übrigen ein beträchtlicher Teil von außerhalb. Die Einwohnerinnen und Einwohner des Brandenburgischen Viertels setzten ein unmißverständliches Signal, was übrigens bereits in der Sozialstudie und im Verstetigungskonzept »Soziale Stadt« 2012 nachzulesen ist. Der »künstlich« und personell aufgeblähte Sprecherrat hat in der Bevölkerung kein Ansehen und wird nicht

angenommen, um Ideen zu unterbreiten, z.B. zur Verbesserung der persönlichen Lebens- und Wohnverhältnisse.

Genauso ist kritisch zu hinterfragen, daß Kandidaten für die Sprecherratswahl wie beim »Winterschlußverkauf« aus Vereinen und Initiativen gewonnen wurden, die kaum eine Ahnung von ihren künftigen Aufgaben haben. Schaut man sich die personelle Zusammensetzung des Sprecherrates »Soziale Stadt« an, muß man nüchtern konstatieren, daß die wenigsten ihren Wohnsitz im Ortsteil haben. In vielen Fragen besitzen sie nur punktuelle Innenansichten vom Viertel im Rahmen ihrer räumlich und zeitlich begrenzten Arbeits- oder Ehrenamtsstrukturen.

Deshalb kann dieses Gremium als freiwillige Interessenvertretung nicht den Anspruch für sich erheben, Bindeglied zwischen Einwohnerschaft und Stadtverwaltung zu sein. Diese Dinge sind gemäß der Brandenburger Kommunalverfassung ohnehin dem demokratisch gewählten Ortsvorsteher überlassen. Erneute Versuche den Ortsvorsteher institutionell dem Sprecherrat zuzuordnen, laufen ins Leere und zeugen im federführenden Fachamt und in der Pressestelle des Eberswalder Rathauses leider erneut von wenig Sachkenntnis hinsichtlich Kommunalverfassung und Hauptsatzung.

Der Sprecherrat sollte sich künftig auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren, Projektanträge und -initiativen im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« zu initiieren, ihre Förderfähigkeit zu prüfen und den Fördermittelgebern zu empfehlen sowie diese im Förderzeitraum zu begleiten und wenn notwendig kritisch zu hinterfragen.

CARSTEN ZINN, Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde

Universität Eberswalde

Zur wundersamen Entwicklung einer Bildungseinrichtung

Forstliche Forschung und Lehre haben in Eberswalde eine lange Tradition und deutschlandweit einen guten Ruf. In den Annalen stehen Namen von Männern, die hier viel geleistet haben und denen wir heute noch viel verdanken. Straßennamen erinnern an verdienstvolle Wissenschaftler wie zum Beispiel Pfeil und Danckelmann.

Der Name der Einrichtung hat sich mehrfach geändert. Ich kann mich daran erinnern, daß es in Eberswalde einmal die forstwirtschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin gab. Die wurde dann im Jahr 1963 aufgelöst. Schluß mit Ausbildung und Lehre in Eberswalde! Das hatte wohl weniger wissenschaftlich-fachliche Gründe. Entscheidend war: Die DDR brauchte nicht zwei forstwirtschaftliche Fakultäten, um pro Jahr 40-60 Forstwissenschaftler auszubilden. Daß bei der Schließung die Wahl auf Eberswalde fiel war wohl auch ideologisch motiviert. Der »Lehrkörper« gehörte nach meiner Kenntnis eher nicht zu den ideologischen Stützen des Systems DDR, das sich ja als Arbeiter- und Bauernmacht verstand.

Trotzdem wurde die Ausbildung von Forstfachleuten auch in dieser Zeit in guter Qualität fortgesetzt, allerdings nicht mehr in Eberswalde sondern nur noch in Tharandt, auch mit Lehrkräften aus Eberswalde. Hier blieben neben dem »alteingesessenen« Institut für Forstwissenschaften (seit 1952) weitere Institute, die Forschungsarbeit leisteten, etwa auf den Gebieten Bodenkunde, Holztechnologie und Pflanzenschutz und eine Reihe von Lehrkräften, die nicht nach Sachsen ziehen wollten. Die Institute hatten sich aber – immerhin – das Promotionsrecht gewahrt.

Mit der Lehre ging es in Eberswalde erst nach der »Wende«, im Jahr 1992 weiter. Die Neugründung der Fakultät scheiterte am ausreichenden Angebot in Deutschland. Alternative war die Gründung einer Fachhochschule. Die gelang. Zunächst nur mit einer Studienrichtung. Das war der Neuanfang für die forstliche Lehre in Eberswalde. Dank engagierter Arbeit der »Pioniere der ersten Stunde«, zu denen auch der erst kürzlich verstorbene Professor Gunther Wolff gehörte, und Nutzung der neuen Möglichkeiten – auch Lehrkräfte aus Eberswalde konnten nun wieder Professoren werden – wuchs die Einrichtung schnell.

Heute gibt es vier Fachbereiche und man kann neben der Fachrichtung »Wald und Umwelt« z.B. auch Naturschutz und Landnutzung und Betriebswirtschaftslehre studieren, für den späteren Einsatz im gehobenen Dienst. Der »klassische« Forstwissenschaftler wird hier nicht mehr ausgebildet und auch Forstgeschichte kann man in Eberswalde nicht mehr studieren. Trotzdem heißt der Leiter der Einrichtung nicht Direktor sondern Präsident und die Lehrkräfte sind Professoren.

Eine Fachhochschule (das ist die zwar korrekte, aber wenig beliebte Bezeichnung) ist lei-

der keine richtige Hochschule. Man kann da kein »richtiges« Diplom erwerben und auch nicht promovieren. Geld von Land und Bund gibt es in erster Linie für richtige Hochschulen und Universitäten. Das ist mehr als ärgerlich.

Was kann man da nun tun? Bei dem Versuch, die großen Schuhe der Gründer auszufüllen, waren die Eberswalder nun ganz clever. Und so hat das funktioniert:

Die Eberswalder legten sich den Beinamen »Hochschule für nachhaltige Entwicklung« zu. Das war durchaus klug gedacht, denn wo Nachhaltigkeit draufsteht hat man die Chance, Fördermittel »abzujreifen« (wie es ein ehemaliger Bürgermeister formulierte). Die Abkürzung lautet HNEE (FH), wobei das zweite E für Eberswalde steht und das FH für Fachhochschule. Diese drei Buchstaben kann man natürlich weglassen – wegen der Praktikabilität, um es mal deutsch zu sagen. Dann steht da nur noch »HNE«, das sieht schon besser aus!

Die deutsche Sprache ist aber nicht mehr so wichtig. Inzwischen ist die Ausbildung zweisprachig, jedenfalls gibt es Vorlesungen in englischer Sprache, und das ist gut so! Es ist wohl in Deutschland inzwischen nicht nur möglich sondern wohl auch gewünscht, daß man seine Abschlusarbeit in englischer Sprache einreicht, wie z.B. Frau Doktorin Sahra Wagenknecht. Man muß das nicht mögen, muß aber zur Kenntnis nehmen, daß gutes Deutsch in Deutschland nicht viel wert und leider selten ist. Wer aufmerksam Zeitung liest, erlebt täglich den Beweis. Eine deutsche Bildungseinrichtung muß nun auch einen englischen Namen haben, das geht nicht mehr anders. Schließlich wollen wir international sein! Die wörtliche Übersetzung des H in HNE ins englische wäre »highschool«. Das geht aber nicht, denn im englischsprachigen Raum wird so eine Einrichtung bezeichnet, auf der man die Hochschulreife erwirbt, also z.B. das Abiturium oder die Matura. Deshalb übersetzen wir HNEE ganz schlicht in Eberswalde University for Sustainable Development. So steht es schon auf den Visitenkarten und den Kopfbögen. Das sieht nun noch besser aus als HNE oder HNEE (FH), nicht mehr so steif und holprig.

Wenn wir das jetzt ins Deutsche rückübersetzen, dann haben wir die »Universität Eberswalde«. Den Zusatz »nachhaltig« brauchen wir nun nicht mehr, denn für eine Universität ist Nachhaltigkeit natürlich selbstverständlich, zumal ein (auch) Forstmann, der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz (leider nicht aus Eberswalde), den Begriff erfunden hat.

Da strahlt der Bürgermeister, Oberlehrer oder gar Studienrat: »seine« Stadt eine Universitätsstadt! Da strahlte auch der Vizepräsident der Fachhochschule – ich habe es selbst gesehen – als er das anlässlich einer Podiumsdiskussion auf dem Flugplatz so hören durfte. Er hat natürlich nicht widersprochen!

Zwar gibt es nun noch einige Schönheitsfehler – ein Schelm, der hier das böse Wort vom Etikettenschwindel in den Mund nimmt!

Es fehlen dieser »Universität« ein paar Fakultäten, die erst eine Uni ausmachen: Geisteswissenschaften, Jura, Naturwissenschaften, technische Disziplinen wie etwa Bauwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik... Beliebte Fachrichtungen sind neben »Landnutzung« und »Naturschutz« auch »Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement« und der Klimawandel. Letzteres heißt dann natürlich »Global Change Management«. International bedeutet der Bachelor oder der Master aus Eberswalde wohl noch wenig und in Führungspositionen wollen wir natürlich den »Doktor« sehen, was denn sonst? Das ist aber in Deutschland kein grundsätzliches Problem. Heute leben wir im Zeitalter der erschwundenen und gekauften Doktorgrade. Auch Professor werden, das scheint heute leichter zu gehen.

Bei den Professoren – so habe ich mir glaubhaft versichern lassen – gibt es vier Grade in folgender aufsteigender Reihe: verdiente, erdiente, erdienerte und erdinierte. Letztere sind die bestbezahlten. Ich denke da z.B. an Herrn Josef (Joschka) Fischer oder Herrn Michael Gorbatschow. Was heute für die Menschen gilt, ohne großen Titel ist man eben nichts, das gilt natürlich auch für Institutionen.

Mit dem Titel Universität Eberswalde haben wir das Problem für unsere Fachhochschule ganz elegant gelöst. An der Beseitigung der Schönheitsfehler wird natürlich fleißig gearbeitet, da bin ich sicher und das stünde uns – ganz ohne Ironie – auch echt gut zu Gesicht. Möge diese Bildungseinrichtung weiter wachsen und sich einen guten Namen machen. Der Name Universität zum jetzigen Zeitpunkt ist wohl noch nicht so gut! Aber der Wunsch nach umgekehrter Reihenfolge – erst die Inhalte, dann der Name – (so habe ich das erlebt, als die Technische Hochschule Dresden Technische Universität wurde) ist wohl antiquiert. Als Bürger in höherem Lebensalter darf ich es mir wohl leisten, etwas altmodisch zu sein.

Aber egal wie das »Kind« nun heißt: Mögen aus Eberswalde künftig viele gut ausgebildete Landwirte, Förster, Naturschützer, Baumfreunde und Wasserfreunde in alle Welt gehen und davon künden, daß wir in Deutschland etwas von Nachhaltigkeit verstehen.

Vor einem muß ich jedoch warnen: Die Eberswalder Absolventen sollten nicht in der Kreisverwaltung arbeiten und auch nicht Landtagsabgeordnete werden wollen, das verdirbt den Charakter und tut der Natur nicht gut. Beispiele dafür sind kreisweit bekannt.

So wie es bei der Industriemusik der Fall ist. Nach Punk kommt Neue Deutsche Welle oder nach Disco kommt Philisound. So gab es z.B. vor einigen Jahren in der Politik die Softies mit dem SPD-Frontmann Engholm. Momentan aber geht in der Politik gerade die Ära der Homosexuellen zu Ende (Wowi, Westerwelle). Die nächste Welle könnten dann die Gespaltenen gestalten.

Hier ist nicht die Abspaltung von einer Fraktion oder Partei die Rede, sondern von gespaltenen Persönlichkeiten, vielleicht Splitties genannt. Ein Vorläufer dieser Politikverkäufer ist Gauck, der als Pfaffe sicherlich das 6. Gebot: »Du sollst nicht Ehebrechen« gepredigt hat. Nun, man kann dagegen einwenden, Pfaffen predigen immer Wasser und saufen Wein, aber als oberster Gesetzeswächter der BRD sollte man so etwas wie Vorbild sein. Ein weiteres Beispiel wäre Mehdorn, Deutschlands teuerster Pfluscharbeiter und Platzecks erste Wahl, dieser ging noch weiter und verklagte den BER, dessen Chef er nun ist. Angeblich will er sich nun aus dieser Streitfrage heraushalten, wie Platzeck sagte. Ein interessanter Standpunkt, wie man als Staatsbürger der Justiz hilft. Nun, hier kann man einwenden, Mehdorn sei kein Politiker, aber gemessen nach dem Schaden, den er bisher angerichtet hat, wäre das bei einem anständigen Beruf gar nicht möglich, folglich muß es sich bei ihm um einen verkappten Politiker handeln.

Ein typischer Gespaltener ist Ramsauer. Das betriebswirtschaftlich verlustbringende Projekt Stuttgart 21 wird weitergebaut, so war es am 6. März in der Presse zu lesen. Der Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) und der sogenannte Bahnchef Grube, der nicht einmal den Berufsabschluß eines Verkehrsreisenden hat, machen sich stark für Stuttgart 21.

Nebenbei bemerkt: Schon im Jahr 1996 erschien im GVE-Verlag die Broschüre »Stuttgart

Mode in der aktuellen Politik

Politik ist langweilig, doof und schädlich für den Bürger. Politik muß durch Personen an die Bürger verkauft werden. Damit der Verkauf gut läuft, müssen sich die Politikverkäufer gewissen Trends unterwerfen.

21« in der dieses als Unsinnprojekt dargestellt wird. Im gleichen Jahr erschien im gleichen Verlag auch die Broschüre »Eisenbahn = Größenwahn in Berlin – Die Planungen von 1933 bis 1945 und deren Realisierung«.

Die Grünen in BW und Fritz Kuhn, der neue (grüne) OB in Stuttgart, wollen die bisher noch nicht feststehenden gestiegenen Kosten nicht aufbringen. Dafür reagierte Ramsauer einen Tag später aufgebracht. Falls das Bundesland BW und die Stadt Stuttgart nicht zahlen wollen, dann werden die Kosten auf die Bahnreisenden abgewälzt. Sofort meldete sich ein Experte in den Medien, welcher behauptete, die Fahrpreise werden nun jedes Jahr um 3 Prozent steigen. Da stellt sich mir die Frage, werden sie nicht steigen, wenn Stuttgart 21 scheitert?

Da will Ramsauer wie ein kleines Kind, das seinen Willen nicht bekommt, zornig Rache am Bahnkunden nehmen. Er wurde für diese Absicht noch nicht einmal von seiner CSU-Parteifreundin der Verbraucherschutzministerin, diese ist übrigens immer dann im Fernsehen präsent, wenn wieder einmal verunreinigte Lebensmittel verkauft wurden, gemäßregelt. Nun kann man Ramsauer als Primitivling bezeichnen, aber man muß seine gesamte Persönlichkeit betrachten.

Am gleichen Tage meldeten einige Presseorgane, z.B. »Der Tagesspiegel« oder die MOZ, daß die Berliner S-Bahn und die Regionalbahnen leer durch die Tunnel der Deutsche Bahn AG unter dem BER fahren. Die Deutsche Bahn AG will nun auch deshalb die Flughafen-gesellschaft BER verklagen! Das muß man sich einmal durch den Kopf gehen lassen!

Die Deutsche Bahn AG gehört der BRD. Oberster Chef ist Grube, der sich von seinem Vorgänger Mehdorn, der zwar auch weniger Sachverstand als ein Amateureisenbahner hatte, aber immerhin das Prestigeobjekt Transrapid in der BRD scheitern ließ, unterscheidet. Der sogenannte Bahnchef hat Ramsauer als Vorgesetzten. Andererseits ist der Bund Anteilseigner am BER, vertreten durch den Verkehrsminister. Es ist nun nicht so wie bei einem Vormundschaftsgericht, das einem Entscheidungsunfähigen einen Vertreter zuweist, sondern Ramsauer steigt freiwillig in die von ihm aufgestellte Falle. Weil er selber unfähig ist, sich zu entscheiden zwischen BER, wo er ein Anteilseigner ist, und der Deutschen Bahn AG, deren oberster Chef er ist, soll nun unter großem bürokratischen Aufwand ein Gericht auf Staatskosten für oder gegen Ramsauer entscheiden.

Aber wie verhält sich nun Ramsauer selber vor Gericht? Ist er für sich oder gegen sich oder ist er gegen sich oder für sich? Ein Gericht muß nun entscheiden, was er wollen sollte! Und diese gesplattene Person greift dann für seine irrationalen Vorstellungen bei Stuttgart 21 den Bahnkunden in die Tasche.

Ähnliche »Splitties« gibt es übrigens auch in Eberswalde. Hier allerdings soll der Bürgermeister Boginski als Hauptverwaltungsbeamter mit Bürgermeister Boginski als Gesellschafter der Technischen Werke Eberswalde immerhin einen Vergleich geschlossen haben. Ein Rechtsstreit Boginski gegen Boginski konnte so verhindert werden.

Dr. ULRICH POFAHL

Kenntnisreich erläuterte Helmut Scholz, Jahrgang 1954, den Staatenbund der 27, das Verhältnis zwischen EU-Rat, der Versammlung der Staats- oder Regierungschefs, der EU-Kommission, die die Entscheidungen des Rats gesetzlich umsetzen soll, sowie dem Europaparlament, das sich direkt den Interessen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet fühlt. Da es im EU-Parlament keine streng getrennte Regierungskoalition und Opposition gibt, sondern die Abgeordneten nach Ländern und Fraktionen geordnet sind, geschehe dort vieles überfraktionell im Konsens, was z.B. im Bundestag so nicht möglich ist.

Das Interesse für Internationales wurde Helmut Scholz praktisch ins Elternhaus gelegt. Sein Vater war lange Jahre Minister für Land- und Forstwirtschaft der DDR und, wie Scholz berichtete, auch Vorsitzender der deutsch-arabischen Gesellschaft in der DDR. Er selbst wollte dann Diplomat werden. Vor Studienbeginn in Moskau teilte man ihn fremdsprachlich für Chinesisch ein – so war sein Berufsweg vor-

Europa für alle – nicht nur den Stärksten

Europapolitik langweilig und unverständlich? Nicht so mit Helmut Scholz, Europaabgeordneter der LINKEN und im März im Bernauer Treff 23 Gast bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann«.

gezeichnet. Der führte ihn in den 1980er Jahren an die DDR-Botschaft in Peking und später ins ZK der SED, Abteilung Internationale Beziehungen. Nach der Wende setzte sich Scholz dafür ein, daß PDS und später Linkspartei ihre internationalen Kontakte hochhielten. Das mündete schließlich 2004 in der Gründung der Partei der Europäischen Linken.

Scharf kritisierte Scholz die Entwicklung der EU in den letzten Jahren. Ein europäischer Interessenausgleich aller Länder sei durch bilaterale Aushandlungen ersetzt worden, wo sich »am Ende der Stärkste« durchsetze. Positiv sehen Enkelmann und Scholz die Möglichkeiten, wie sie sich z.B. mit der Europäischen Bürgerinitiative bieten und forderten dazu auf, die aktuelle Petition zum Menschenrecht auf Wasser zu signieren.



Helmut Scholz will 2014 wieder für die Wahl zum Europäischen Parlament kandidieren. Gewählt wird das nächste Europäische Parlament voraussichtlich im Mai 2014. Aus der Bundesrepublik können insgesamt 96 Abgeordnete nach Brüssel entsandt werden. Die Fünf-Prozent-Klausel gilt bei dieser Wahl nicht.

BÄRBEL MIERAU

Heizen muß nicht teuer sein

Ich habe an dieser Stelle schon mehrmals über die hohen Fernwärmepreise gegenüber einer eigenbetriebenen Wärmeerzeugung berichtet. Eigentlich müßten alle Mieter ihre Vermieter nach den Gründen hierfür fragen. Sie haben ein Recht darauf, das erklärt zu bekommen. Auf jeden Fall dann, wenn die Preissteigerung größer als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr ist.

Dazu gibt es sogar ein Urteil des Kammergerichtes Berlin, daß die Vermieter verpflichtet, ihren Mietern einzelne Kostensteigerungen über zehn Prozent in der Betriebskostenabrechnung (BKA) gegenüber dem Vorjahr verständlich zu erläutern und zu begründen und zwar unaufgefordert. Geschieht das nicht, sollten die Mieter ihr Recht dazu wahrnehmen und ihn dazu auffordern.

Im Vergleich der Heizkosten des Jahres 2011 habe ich folgendes festgestellt: Für die Ringstraße 79 bis 90 ergibt sich mit den Heiznebenkosten für die Betriebsführung, Betriebsstrom, Verbrauchserfassung u.a. ein Fernwärmepreis von ca. 120 Euro/MWh.

In der Werbelliner Straße hat die WHG ihre Häuser modernisiert, die Außenwände isoliert, neue Fenster eingebaut und pro Aufgang für jeweils neun Mieter eine eigenbetriebene Gasheizung eingebaut. Die Warmwasserbereitung erfolgt über elektrische Durchlauferhitzer jeweils in der Wohnung. Das ist optimal, da in den Sommermonaten die Heizung nicht betrieben werden muß und keine Verluste für das Umwälzen des Warmwassers anfallen. Diese betragen bei einer Bereitung mit Fernwärme immerhin 50 Prozent der dafür aufzuwendenden Energie. Hierdurch ergeben sich sehr günstige Wärmepreise, da nur der Gaspreis selbst mit den Heiznebenkosten, aber ohne Gewinne des Fernwärmelieferanten und Verluste im Fernwärmenetz anfallen. Der Wärmepreis beträgt hier im gleichen Zeitraum nur etwa 60 Euro/MWh mit den Heiznebenkosten.

Das ist immerhin ein Unterschied von rund 60 Euro/MWh, den die Mieter dort weniger bezahlen müssen, als wenn sie ihre Wohnungen mit Fernwärme heizen müßten.

Eine wirklich gelungene Sanierung, wenn man weiterrechnet, daß die Gesamtersparnis für die Heizkosten je Wohnung bei dem durchschnittlichen Verbrauch immerhin etwa 375 Euro im Jahr beträgt. Diese nicht unerhebliche Summe steht den Mietern als Kaufkraft zur

Verfügung. Müßten sie den doppelt so hohen Fernwärmepreis zahlen, wie die Mieter in den Plattenbauten, wäre das Geld weg und würde die Taschen des Monopolisten EWE füllen.

Die Fernwärmelobby, dazu zähle ich den FernwärmeverSORGER EWE selbst, aber auch Projektierungsbüros und andere Mitverdienen, ist natürlich deswegen an einer Umstellung auf eine Einzelheizung oder NahwärmeverSORGUNG überhaupt nicht interessiert und versucht mit allen Mitteln dagegen anzustinken. EWE möchte ja nicht nur Erdgas mit entsprechend niedrigerem Gewinn verkaufen, sondern in »veredelter« Form als Fernwärme mit entsprechend höherem Gewinn.

Meine Berechnungen und Argumente sind natürlich auch der Stadtverwaltung und Herrn Bürgermeister Boginski bekannt sowie die sich aus der Sicht des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde daraus ergebenden Schlußfolgerungen im Sinne und zum Vorteil aller »Fernwärmemietern«. Bis jetzt fehlt jedoch dazu jegliche Stellungnahme.

So werden zum Beispiel nicht einmal Fragen, wie es denn sein kann, daß bei einem um 19 Prozent gefallen Erdgaspreis im Jahr 2011 gegenüber dem Jahr 2010 der Fernwärmepreis im selben Zeitraum um 14 Prozent auf etwa 100 Euro/MWh gestiegen ist (die genannten Werte sind entsprechenden BKA der WHG entnommen). Die Fernwärme wird schließlich auch mit Erdgas erzeugt, der Preis dafür hätte also auch fallen müssen. Insgesamt bewegen sich die mir aus den entsprechenden BKA bekannten Fernwärmepreise der verschiedenen Vermieter zwischen 98 und 104 Euro/MWh Brutto, ohne Heiznebenkosten.

Mit diesem relativ geringen Preisunterschied läßt sich auch das Argument der »bilateralen« und damit für die eigentlichen Kunden, die Mieter, völlig intransparente Preisbildung mit den sogenannten Preisgleitklauseln ad absurdum führen.

BERND POMRAENKE

Solidarität mit den Beschäftigten von aleo solar

Die Firma Robert Bosch GmbH will sich aus der Solarbranche zurückziehen.

Ich weiß nicht, ob sich der Bosch-Konzern nicht auch Zukunftschancen vergibt, jetzt aus dem Solargeschäft auszusteigen? Der Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung hat natürlich eine Aktie an dem Desaster. Tatsache ist aber auch, daß heutzutage selbst ein Traditionsunternehmen wie Bosch offensichtlich weder von unternehmerischer Verantwortung etwas wissen will noch von Pioniergeist erfüllt ist. Was zählt, ist einzig der kurzfristige Maximalprofit.

Was für ein Armutzeugnis für den real existierenden Kapitalismus. Ich bin deshalb sehr froh, daß Wirtschaftsminister Ralf Christoffers sofort Initiative ergriffen und Unterstützung des Landes bei der Suche nach einem Nachfolgeinvestor angeboten hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der aleo solar AG in Prenzlau haben meine uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

SABINE STÜBER,

Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE

Keiner will Strom sparen

Die Erzeugung von Energie ist immer mit Umweltschäden verbunden. Egal, woraus die Energie gewonnen wird, Eingriffe in die Umwelt bleiben. Um so wichtiger ist die Einsparung von Strom. Als 1973 die Ölkrise zuschlug, begegnete Frankreich der Krise mit der Einführung der Sommerzeit, nachdem eine UNO Kommission eine Energieeinsparung von 0,3 Prozent prognostizierte. Zwei Jahre später wollten mehrere europäische Staaten die Sommerzeit einführen. Darunter war auch die BRD. Die DDR war gegen die Sommerzeit.

Diese Weigerung bestand bis zum 6. April 1980, als die DDR erstmals die Sommerzeit einführte. Die DDR wollte diesbezüglich keinen Konflikt mit der BRD und speziell mit Westberlin. Auch das nichteuropäische Land Türkei führte 1980 gemeinsam mit Bulgarien am 30. März 1980 die Sommerzeit ein. Die Sommerzeit endete im Jahr 1980 am 28. September. Eine abweichende Regelung gab es in Großbritannien und Irland, wo die Sommerzeit vom 16. März bis 25. Oktober 1980 galt. Nur in der Schweiz und in Jugoslawien gab es keine Sommerzeit.

Weil die erhofften Energieeinsparungen nicht eintrafen, sondern der Energieverbrauch sogar noch stieg, beschloß und verkündete die DDR 1981 und in den folgenden Jahren keine Sommerzeit mehr einzuführen. Beispielsweise mußte die DDR in der ersten Woche nach Umstellung auf Sommerzeit über 850 Megawatt Kraftwerksleistung zusätzlich bereitstellen. Leider konnte die DDR ihren Beschluß nicht durchsetzen, sie wurde erpreßt, und so wurde die Entscheidung der DDR gegen die Sommerzeit wieder zurückgenommen.

Erst 1996 wollten die Franzosen wieder die Sommerzeit abschaffen. Sie wurden dabei auch von der deutschen Agrarindustrie unterstützt. Stattdessen setzte sich die Europäische Kommission in Brüssel über alle Bedenken hinweg und führte nach britisch-irischem Vorbild die Sommerzeit vom letzten Sonntag im März bis zum letzten Sonntag im Oktober ein.

Ohne Sinn und Verstand übernimmt die BRD diese Entscheidung aus Brüssel. Auch alle politischen Parteien in der BRD verhindern dieses Schadereignis nicht. Es ist interessant zu beobachten, wie die Masse nichts unternimmt, in dem Glauben alles was aus Brüssel kommt sei gut.

Eine intelligente Lösung hat der ehemalige russische Präsident Medwedjew realisiert. In Rußland gibt es seit 2012 keine Zeitumstellung mehr. Das wäre mal ein Vorbild für die Bundesregierung.

Dr. ULRICH POFAHL

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Ohne Finanzen...

...bringt das beste Konzept nichts

Die Finanzierung des Konzeptes Brandenburg Glasfaser 2020 ist auch nach der Umwidmung der ungenutzten EFRE-Mittel nicht geklärt. Denn mit den 30 Millionen Euro, die nun zur Verfügung stehen, läßt sich lediglich die Planungsregion Prignitz-Oberhavel versorgen. Das Wirtschaftsministerium verpackt diesen Umstand deutlich dezenter:

Unter dem Vorbehalt, daß ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen, beabsichtigt die Landesregierung in den Jahren 2013, 2014 und 2015 im Nordosten Brandenburgs neben dem bereits begonnenen Prozeß in der Planungsregion Prignitz-Oberhavel auch in den Planungsregionen Uckermark-Barnim sowie Oderland-Spree eine glasfaserbasierte Breitband-Infrastruktur zu errichten. »Unser Ziel ist, daß der Ausbau in allen drei Planungsregionen Mitte 2015 abgeschlossen ist. Dies hängt jedoch davon ab, ob weitere Fördermittel kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können«, sagte der Minister.

In der Förderperiode ab 2014 soll das Glasfaser-Konzept mit ELER-Mitteln finanziert werden. Bisher ist jedoch keine klare Positionierung des Landwirtschaftsministers zur Ausrichtung der ELER-Mittel in der nächsten Förderperiode für die Breitbandversorgung bekannt. Diese Mittel sind jedoch an den ländlichen Raum gekoppelt, in dem Blumberg und Mehrow laut bisheriger Definition des Landes Brandenburg nicht liegen. Wie die Finanzierung der südlichen Planungsregionen sichergestellt werden soll, steht gänzlich in den Sternen. Somit ist der Breitbandausbau in den Ahrensfelder Ortsteilen Mehrow und Blumberg weiterhin unsicher. Ein Engagement der Gemeinde scheint bisher unausweichlich zu sein.

Die Breitbandinitiative »DSL nach Blumberg« besteht seit 2007 und hat sich zum Ziel gesetzt, den Ausbau einer nachhaltigen Breitband-Infrastruktur im Ahrensfelder Ortsteil Blumberg bei den Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik durchzusetzen.

PHILIPP SCHÖNING
www.DSLnachBlumberg.de

Filmtermine »Energiewende«:

15. April Movie Magic Eberswalde, 17.30 Uhr
16. April Filmpalast Bernau, 17.30 Uhr
18. April Filmpalast Oranienburg, 17.30 Uhr

Im Anschluß an die Filmvorführungen steht Regisseur Frank Farenski zusammen mit Mp-tec Geschäftsführer Michael Preißel zur Diskussion bereit. Die Anzahl der Teilnehmer ist durch die Anzahl der Sitzplätze im Kino limitiert. Reservierungen sind über Mp-tec (03334-594489 und event@mp-tec.de) möglich. Online anmelden unter www.facebook.com/mpotec/events. Die Veranstaltungen in Eberswalde und Bernau werden vom Movie Magic Eberswalde und Filmpalast Bernau unterstützt. Weitere Informationen unter www.mp-tec.de und unter www.energiewende-derfilm.de

1. Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft:

Intelligent Wachsen.

Die grüne Revolution

300 Jahre Nachhaltigkeit sind ein guter Anlaß, die »Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft« ins Leben zu rufen. Bei der »Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft« handelt es sich um eine Gesprächsreihe, die viermal im Jahr stattfindet, um aktuelle Themen nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren. Die Reihe beginnt mit einem Gespräch mit Ralf Fücks über sein neues Buch »Intelligent Wachsen. Die grüne Revolution«.

In der ganzen Welt streben die Menschen nach Wohlstand, orientieren sich am europäischen und amerikanischen Modell von Arbeiten, Wohnen und Leben. Die aufstrebenden Ökonomien des Südens – China, Indien, Brasilien – haben ein beeindruckendes Tempo. Das entsprechende Wachstum wird die Grenzen unseres Planeten, die der Klimawandel, die Begrenztheit des Bodens und des Wassers setzt, schnell überfordern. Ein anderes Modell als Alternative zur traditionellen Ökonomie, eine grüne Revolution, ist notwendig. Ralf Fücks beschreibt in seinem Buch eine ökonomische grüne Perspektive und setzt zugleich auf ein anderes respektvolles und lernendes Verhältnis zur Natur. Seine Thesen stellt er im Gespräch mit Pierre Ibisch in Eberswalde zur Diskussion.

Im Anschluß gibt es die Möglichkeit zum Gespräch und Netzwerken. Wir laden Sie herzlich ein.

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und ehemaliger 2. Bürgermeister von Bremen, publiziert in den großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen, in internationalen poli-

Ralf Fücks im Gespräch mit Pierre Ibisch,
Dienstag, 16. April, 19 Uhr
Hörsaal, Alte Forstakademie,
Schicklerstr.3, 16225 Eberswalde

tischen Zeitschriften sowie im Internet zum Themenkreis Ökologie-Ökonomie, Politische Strategie, Europa und Internationale Politik.

Pierre Ibisch ist Professor für Naturschutz an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Am Fachbereich für Wald und Umwelt war er u.a. als Dekan und als Gründungsleiter des internationalen Master-Studiengangs »Global Change Management« tätig. Seit dem Jahr 2009 ist er einer der ersten Forschungsprofessoren der Hochschule und arbeitet zu »Biodiversität und Naturressourcenmanagement im globalen Wandel«.

Moderation: Inka Thuncke, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Die Gespräche und Diskussionen sind eine gemeinsame Veranstaltung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, der Stadt Eberswalde und der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Der Eintritt ist frei. Um eine Anmeldung per eMail (anmeldung@boell-brandenburg.de) oder Fax (0331-20057820) wird gebeten.

DANIELA KREBS,
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Leben mit der Energiewende

Öffentliche Filmvorführungen in Eberswalde, Bernau und Oranienburg

Frank Farenski, ZDF-Journalist und Regisseur des Dokumentarfilms »Leben mit der Energiewende«, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Deutschen über die Akteure, die Kosten und Herausforderungen der Energiewende aufzuklären. Mitte April kommt er nach Eberswalde, Bernau und Oranienburg, um seinen Dokumentarfilm vorzustellen und den Dialog mit Bürgern vor Ort zu suchen. Initiiert wurden die Filmvorführungen vom Eberswalder Solar-systemhaus Mp-tec GmbH & Co.KG. »Die Energiewende geht uns alle an. Erneuerbare Energien haben bestehende Strukturen im Energiesektor bereits enorm verändert, der Bürger wandelt sich immer mehr vom Stromabnehmer zum Stromerzeuger. Damit verändern sich die Machtverhältnisse zwischen Stromkonzernen und ihren Kunden entscheidend. Steigende Strompreise müssen nicht weiter stillschweigend hingenommen werden«, so Mp-tec-geschäftsführer Michael Preißel.

Das Unternehmen unterstützt Farenski bei der Verbreitung des Films als sogenannter Lizenznehmer. Durch Lizenznehmer, die auf die inhaltliche Gestaltung des Films keinerlei Einfluß hatten, kann Farenski den Film kostenfrei zugänglich machen. »Leben mit der Energiewen-

de« ist der erste Open-Source-Film überhaupt. In Anlehnung an das Prinzip der erneuerbaren Energien, welche jedem jederzeit unentgeltlich zur Verfügung stehen, entschied sich der Journalist dafür, den Film für einen symbolischen Eintrittspreis von 1,68 Cent im Kino zu zeigen. Denn um genau diesen Betrag hat sich der Anteil der EEG-Umlage in 2013 pro Kilowattstunde Strom erhöht. Das ist der Betrag, der den Strom in Deutschland laut Angaben der Stromkonzerne um bis zu 32 Prozent zu Jahresbeginn ansteigen ließ.

Farenski erläutert, was ihm zum Dreh des 90-minütigen Autorenfilms bewegt hat: »Als Journalist habe ich jüngst einen Dokumentarfilm mit dem Titel 'Leben mit der Energiewende – Sonnenfänger und ihre Widersacher' produziert. Viele Zuschauer zeigten sich über die darin vermittelten Fakten vollkommen überrascht. Schaut man sich aber das tatsächliche Potenzial der Solarenergie einmal unworeingenommen an, so müßte unsere Gesellschaft über die sich bietenden Chancen atemlos sein. Deutschland geht an den Möglichkeiten einer demokratischen, dezentralen und flexiblen Energieversorgung vorbei.«

ANJA KROLL

Solarmodule contra Bäume

Eberswalde (bbp). Auf dem Gelände des »Industrie- und Innovationszentrum Finow« (IIC) sind im März entlang der Angermünder Straße zahlreiche Bäume gefällt worden. Hier soll eine Photovoltaikanlage entstehen.

Das IIC gehört zum Firmenimperium des Walzwerkpleitiers Patrick von Herzberg. Ursprünglich sollte die gesamte, von einer durch die Stadt Eberswalde bezahlten Straße erschlossene Brachfläche an der Angermünder Straße für die »saubere« Stromproduktion genutzt werden. Dem hatte die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2012 allerdings einen Riegel vorgeschoben. Mit der damals beschlossenen Änderung des Bebauungsplanes Nr. 626 wurde auf dem größeren Teil der Gewerbeflächen »das großflächige Errichten von Freiflächen-Photovoltaikanlagen« untersagt. Ein Streifen direkt entlang der Angermünder Straße blieb von dem Verbot »zum Schutz des angrenzenden Wohngebietes« ausdrücklich ausgenommen.



Auf einem Teil dieses »eingeschränkten Gewerbegebiets« hatte sich in den letzten 60 Jahren ein ansehnlicher Bestand an Bäumen angesiedelt. Der mußte nun als erstes weichen. Die Baufeldberäumung sei eine Auflage für die Erteilung der Baugenehmigung gewesen, teilte die Baudezernentin Anne Fellner zur Einwohnerfragestunde auf der StVV-Sitzung am 21. März mit. Der Finower Otto Baaz hatte nicht nur die Baumfällungen kritisiert, sondern auch die noch fehlende Baugenehmigung moniert.

Energie- und Klimaschutzkonzept

Ohne Zeitdruck und inhaltliche Tiefe

Gemeinsam geht's besser, das leuchtet jedem ein. Deshalb war es sicher richtig, den Bau- und den Energieausschuß gemeinsam über den Arbeitsstand zur Erstellung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes beraten zu lassen. Oder war es nur die Vorwegnahme einer gewollten Zusammenlegung der beiden Ausschüsse?

Betrachtet man aber das Ergebnis der gemeinsamen Beratung am 27. März, so ist man eher ernüchtert. Aus der von Frau Fellner angekündigten Diskussion des Energie- und Klimaschutzkonzeptes »ohne Zeitdruck und mit inhaltlicher Tiefe« kam nicht viel heraus. Nach einleitenden Worten erhielten die Autoren des Konzeptentwurfes das Wort und gaben es bis zum Schluß nicht wieder ab. Sie übernahmen zu diesem einzigen Tagesordnungspunkt der gemeinsamen Ausschusssitzung quasi die Versammlungsleitung und steuerten die Diskussion nach eigenem Gutdünken.

Zunächst stellten sie den Konzeptentwurf ausführlich vor, was den Zeitraum für die Diskussion stark einschränkte. Dabei war nicht viel Neues gegenüber dem letzten Bericht zu vernehmen. Insbesondere war völlig ungenügend zu erkennen, daß sie sich mit den Fragestellungen vom 2. Klimatisch und den Stellungnahmen dazu auseinandergesetzt hatten. Solche Fragen waren die nach dem »Rückfallszenario« für das Hokawe, nach der Zulässigkeit, die CO₂-Emission bei Holzeinsatz zur Energiegewinnung gleich Null zu setzen, nach der Rechtfertigung der Ausdehnung des Fernwärmeinsatzes und vor allem die nach der Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit.

Antworten darauf waren weder aus dem neuen Arbeitsstand, noch aus den mündlichen Ausführungen zu entnehmen. Es schien auch die Bereitschaft zu fehlen, sich mit den dazu gestellten erneuten Fragen zu beschäftigen.

Eine zentrale Rolle in den energiewirtschaftlichen Betrachtungen spielt das Hokawe. Ist dessen Fortbetrieb gewährleistet, dann werden alle Zielgrößen der Energiewende in Eberswalde übertroffen. Fällt das Hokawe aus, gibt es keinen annähernden Ersatz durch andere Maßnahmen. Sicher klammert man sich schon deshalb an das Hokawe. Die Argumentation, ein »Rückfallszenario« müsse nicht betrachtet werden, weil das Hokawe nicht in Konkurrenz mit anderen Maßnahmen stehe, ist nicht zu halten. So erfordert ein wirtschaftlicher Betrieb (wenn dieser überhaupt möglich ist) die Erneuerung und den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes. Eine von der Politik eventuell zu erwartende andere Bewertung der CO₂-Emission beim Energieholzeinsatz läßt die städtischen Erfolge der CO₂-Emissionssenkung in den Keller sinken. Schließlich mußten sich die Gutachter dann doch dazu bekennen ein »Rückfallszenario« zu untersuchen.

Eigentlich hatten die Stadtverordneten erwartet, daß der neue Arbeitsstand weitergehende Untersuchungen zu den Handlungsfeldern ausweist. Statt dessen wurden in einer Diskussionsrunde Meinungen der Ausschußmitglieder zu Zielstellungen zusammengetragen, die in das energie- und klimapolitische Leitbild einfließen sollen. Der schon einmal genannte Termin der Fertigstellung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes (Mai 2013) scheint vor diesem Hintergrund unrealistisch zu werden.

ALBRECHT TRILLER

Schaffung von Tatsachen

Die angekündigte Baumaßnahme einer 2,8 Kilometer langen 380-kV-Freileitungstrasse von Vierraden an die polnische Grenze erscheint dem unvoreingenommenen Betrachter als völlig irrational.

Dieser Bau offenbart die Unhaltbarkeit der von 50 Hertz Transmission immer wieder vorgebrachten Versicherungen, man sei bemüht den Netzausbau auf das notwendige Maß zu begrenzen und mit den Mitteln der Stromkunden äußerst sparsam und sorgfältig umzugehen. »Es geht ja schließlich um unser aller Geld«, pflegte der ehemalige technische Direktor Neldner von 50 Hertz zustimmungsheischend in der Diskussion mit den besorgten Bürgern da stets zu sagen.

Plötzlich wird eine 2,8 km 380-kV-Freileitung errichtet, ohne daß die Anschlußstücke auf der westlichen Seite genehmigt wären, während auf der polnische Seite nicht über Netzausbau, sondern über die Installation von technischen Einrichtungen zur Abregelung des Stromflusses aus Deutschland diskutiert wird, um eine Überlastung des polnischen Netzes zu verhindern.

Die Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat! erinnert daran, daß das seit 2010 laufende Planfeststellungsverfahren zur »Uckermarkleitung« immer noch nicht abgeschlossen ist und es auch ungewiß ist, ob dieses Vorhaben, das zwischenzeitlich mehrere Planänderungen erfahren hat, jemals genehmigungsfähig sein wird.

Die Einwendungen, die von Betroffenen, Kommunen und Trägern öffentlicher Belange im Verfahren vorgebracht wurden, erweisen sich als gewichtig und gut begründet. Die von 50 Hertz beantragten Ausnahmegenehmigungen wegen Kollisionen mit den Zielsetzungen der Biosphärenreservatsverordnung, der Natur- und Landschaftsschutzgesetze füllen in den Planungsunterlagen mehr als eine DIN A4 Seite. Aber die Errichtung einer 380-kV-Freileitung im Schutzgebiet ist eben etwas anders der Bau eines Carports im Außenbereich.

50 Hertz Transmission zeigte sich in diesem Verfahren bisher als beratungsresistent und versucht nun durch die Schaffung von »Tatsachen« die Genehmigungsbehörde unter Druck zu setzen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Genehmigungsbehörde diesen faulen Trick durchschaut und sich nicht dadurch beeindrucken läßt.

Die Bürgerinitiative wird bei der Bundesnetzagentur anfragen, ob die Ausgaben für die Errichtung einer nicht angebundenen 380-kV-Freileitungstrasse wirklich als notwendige Ausgaben für den Netzausbau ausgewiesen und auf die Netzentgelte aufgeschlagen werden können oder ob diese nicht doch besser vom Verursacher zu tragen sind.

Nicht über unsere Köpfe – keine Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat!

Die Bundeskanzlerin, einst glühende Verfechterin des (billigen) Atomstroms erzählt uns nun, daß sie spätestens im Jahr 2022 alle Kernkraftwerke stilllegen will. Die Risiken durch Erdbeben, Tsunamis und abstürzende Flugzeuge sind in Deutschland einfach zu hoch! Das geht ihr ganz locker von den Lippen, denn 2022 ist sie ja nicht mehr im Amt, und heute bringt es vielleicht Wählerstimmen.

Derweil haben ihre Minister Altmaier und Rösler den Begriff Strompreissicherung erfunden und suggerieren den Menschen, daß man damit steigende Strompreise verhindern kann.

Kann man nicht! Wird man nicht! Die jetzt so gescholtene »EEG-Umlage« von 5,28 Cent pro kWh macht nicht einmal ein Fünftel des Strompreises aus, den wir bezahlen müssen. Über 80 % des Strompreises bestehen aus überzogenen Gewinnen der Energiekonzerne und der Netzbetreiber sowie Steuern und Abgaben an den »Staat«. Diese werden von den Herren Altmaier und Rösler jedoch nicht angetastet.

Aber wir sind ja fein raus! Wir haben unser »Netzwerk« (so heißt das heute) von Energieberatern und z.B. Katherina Reiche (CDU), die als Staatssekretärin im Bundesumweltministerium nach Ideen für die Energiewende sucht. Unser Landrat hat eine üppig besetzte eigene Energiegesellschaft – zwar ohne konkrete Aufgaben, aber mit einem gut bezahlten Geschäftsführer. Der Eberswalder Bürgermeister hat den Verein E.I.C.H.E der sich bescheiden »Zentrum für erneuerbare Energien« nennt und sich auch fleißig in Energieberatung übt. Jeder Energieanbieter – egal ob E.ON, EWE oder Vattenfall oder EnBW oder ... – hat Energieberater, die uns alle erzählen, wie sehr nachhaltig sie arbeiten und wie wir, bei ihnen versteht sich, Energie und Geld sparen können.

Das Ergebnis kennen wir: Energie ist immer teurer geworden, egal ob Strom, Gas, Öl oder Benzin, und es wird noch teurer werden! Wirklich sparen können wir nicht, auch wenn »BILD« 100 Tricks zum Energiekostensenken anbietet. Wirklich sparen sollen wir ja auch gar nicht. Es ist genug Strom da, der gekauft und bezahlt werden und der Gewinn bringen soll. Selbst wer sein Haus schön warm einpackt – das heißt vornehmer »energetisch saniert« – der spart bei den aktuellen Preisen für die Isolierungsarbeiten erst nach zehn Jahren wirklich Geld ein. Jeder sollte da selbst rechnen, ob es sich für ihn lohnt. Schließlich hat jeder schon die Erfahrung gemacht: Je mehr er spart, egal ob Wasser, Gas oder Strom, er soll immer mehr bezahlen und erspart sich am Ende nichts!

Die Energiewende ist eine »Herausforderung« und eine »große Chance«, wird uns täglich eingebleut. Erneuerbare Energien heißt das Zauberwort. »Die Sonne schickt keine Rechnung« war die dicke Schlagzeile. Wer seinen Strom selbst erzeugt, der wird kräftig gefördert. Wer nun gerechnet hat, mußte feststellen, daß sich eine Photovoltaikanlage trotz Förderung erst nach 10 bis 12 Jahren »rechnet«. Welcher kluge Unternehmer investiert in so eine Anlage? Am problematischsten sind kreditfinanzier-

Energiewende:

Gedanken zu einer großen Chance

von Johannes Madeja

Jeder, der etwas auf sich hält, der redet – so klug er eben kann – heute über Energie. Energie sparen, Energieeffizienz, Energiekonzepte, Energie... Die oft selbsternannten Energieexperten und -berater schießen wie Pilze aus dem Boden. Energie ist »in«.

te Anlagen. Trotzdem ist die Zahl der Sonnenstromanlagen explodiert. Kluge Rechner haben zusätzliche Einnahmequellen gefunden, oft waren es auch nur Steuertricks. Die Sonnenstrommodule sind immer billiger geworden, mußten immer billiger werden, weil die Einspeisevergütung immer kleiner wurde. Großinvestoren verbauten meist Module aus China. Einige hiesige Hersteller sind nun pleite!

Plötzlich ist der Sonnenstrom »teuer« geworden und jetzt geht das Lamento los: Wir müssen in das EEG-Gesetz eingreifen! Es geht nicht, Vergütungen für 20 Jahre festzusetzen! Wir müssen die Einspeisevergütung weiter absenken, sogar für Altanlagen! (Vertrauensschutz ade!) Der rein quantitative Zubau von Wind- und Solaranlagen darf nicht mehr im Vordergrund stehen! Jetzt müssen erst einmal die »Netze« ausgebaut werden.

Letzteres trifft tatsächlich zu! Der Netzausbau wurde nämlich seit Jahren vernachlässigt, obwohl den Netzbetreibern 9 % Verzinsung auf ihr Eigenkapital gewährt wird. Das sind garantierte Gewinne, unabhängig davon, wieviel Strom durchgeleitet wird! Stromerzeuger bekommen keine Eigenkapitalverzinsung vom Staat. Sie müssen Strom produzieren und verkaufen. Aber 9 %, das ist den Netzbetreibern nicht genug, jetzt wollen sie 11 % und sie wollen billig bauen! Frau Reiche (CDU) plädiert für Freileitungen – die sind billiger und wir haben ja auch die Aufgabe, den Boden zu schützen! So »schlau« verkauft uns Frau Staatssekretärin die Klientelpolitik ihres Ministers (CDU) zugunsten der Energieriesen!

Der Schutz der Bürger steht für Frau Reiche wohl weniger im Vordergrund! Wenn die Bürger nicht unter einer Freileitung leben wollen – so meinte die Dame – dann müssen sie sich eben finanziell an den höheren Kosten für die Erdverkabelung beteiligen. So einfach ist das!

Es gibt nur das Problem: So blöd, wie Frau Reiche offenbar glaubt, ist der Bürger nicht!

Nun gibt es nicht nur den Sonnenstrom und den Windstrom. Man kann auch Biogas verbrennen und vor allen Dingen Holz! Biogas wird u.a. aus Mais gemacht. Die Maisanbauflächen werden immer größer. Die durch die Monokultur an Flora und Fauna verarmende Landschaft sind wohl Kollateralschäden! Es wird uns zugemutet, so etwas hinzunehmen! Aber die Wildschweine freut's und die Schäden durch zu viel Schwarzwild tragen ja die Landwirte, also kein Problem! Den Futtermais importieren wir aus Rumänien oder den USA. Rumänischer Mais, das konnten wir gerade erfahren, ist nicht so sehr gesund und nicht so

gut als Viehfutter geeignet. Giftig, kontaminiert, so konnten wir es hören und lesen! In den USA gibt es vorwiegend gentechnisch veränderten Mais. Der ist natürlich, sagen die Importeure und Futtermittelhersteller, als Viehfutter bestens geeignet. Ich glaube das nicht!

Das Risiko tragen die Fleischproduzenten und wir Verbraucher, denn niemand garantiert uns, daß derart erzeugtes Fleisch auch unbedenklich verzehrt werden kann. Tierversuche waren alarmierend. Jetzt sind wir die Versuchskaninchen. Die Kosten tragen die Krankenkassen (also wir mit steigenden Beiträgen) und den Gewinn, dank der steigenden Zahl von Bürgern, die »sozial verträglich frühableben«, streichen die Rentenkassen und die Bestatter ein! Das ist makaber? Das darf man so nicht sehen oder gar sagen? Doch, man darf, man muß, es ist die traurige Wahrheit!

Aber Holz verbrennen – das ist doch nachhaltig! Oder etwa doch nicht? Erst einmal definieren wir die CO₂-Emissionen eines Holzkraftwerkes mit »Null«. Dann behaupten wir: Es gibt genügend Holz! Holz wächst nach und verbraucht dabei CO₂ (das ist sogar richtig). Wird Zeit, daß die Wälder endlich »aufgeräumt« werden! Dann faseln wir klug von Kraft-Wärme-Kopplung und hoffen, daß der dumme deutsche Michel den Schwindel glaubt, auch wenn gar nicht wärmekräftig gekoppelt wird. Verbrannt wird aber nicht nur Energieholz, einfach weil es davon gar nicht genug gibt, sondern vorwiegend Industrieholz, das »rechnet« sich besser, besonders wenn man es – subventioniert – billig kaufen kann. Daß es Jahrzehnte dauert, bis das plötzlich freigesetzte Kohlendioxid wieder in nachwachsendes Holz eingebaut ist – solche Miesmacherargumente wollen wir doch mal ganz schnell vergessen! Wir haben definiert: Null-Emission! Basta!

Wie ist das nun mit der »großen Chance« der Energiewende? Es gibt sie ganz real: Für die Hersteller von Solaranlagen, von Windkraftanlagen, von Transport- und Verteilungsnetzen, für Baubetriebe und für Projektierungs- und Beratungsfirmen, soweit sie sich am Markt behaupten können. Erhebliche Nachteile ergeben sich für die Landwirtschaft und die Holzindustrie u.a. durch zunehmenden Preisdruck, für eine nachhaltige Forst- und Holzwirtschaft, für den Tourismus, ein nicht unwichtiger Wirtschaftsfaktor, und vor allem für den Bürger, der alle Maßnahmen, auch die Fehlentscheidungen, aus seiner Tasche wird bezahlen müssen. Eine Politik, deren Ziel es ist, den Bürger an der Chance gleichberechtigt teilhaben zu lassen, ist nicht in Sicht. Das tut weh!

Ist die Rente sicher?

Bernau (de). Der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm verkündete einmal, die Rente sei sicher. Inzwischen stellt sich den heutigen wie auch künftigen Rentnerinnen und Rentnern die Frage, ob das noch gilt.

Um das zu klären, hatte die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) zu einem rentenpolitischen Abend in den Treff 23 nach Bernau eingeladen und dazu ihren Fraktionskollegen und rentenpolitischen Sprecher der Fraktion, Matthias W. Birkwald mitgebracht. Er erläuterte Grundlagen und Berechnungsweisen der Rente. Darüber hinaus stellte er das Konzept einer Solidarischen Rentenversicherung vor – das Konzept der Linken. Damit ist auch in 30 Jahren eine sichere Rente möglich. Ihr Konzept hat Die Linke in zahlreichen Gesetzesinitiativen im Bundestag eingebracht, die bisher an der Koalition und oftmals auch an SPD und den Grünen scheiterten.

Vor allem interessierte u.a. die Anerkennung der Zeiten für ein Hochschulstudium, die Folgen der Rente erst ab 67 sowie die Angleichung der Ost- an Westrenten. Birkwald nahm Hinweise z.B. darauf, daß bei der Rentenberechnung von der Zahl der Arbeitnehmer auf eine Abführung auf Basis des Betriebsergebnisses umgestellt werden sollte, zur weiteren Klärung mit. »Jeder Mensch hat nach einem langen Erwerbsleben das Recht auf eine Rente, mit

der er in Würde alt werden kann. Dafür machen wir als Linke uns stark!« so das Fazit Dagmar Enkelmanns am Ende der Veranstaltung.

Wer sich mit dem Konzept der Solidarischen Rente der Linken auseinandersetzen möchte, kann dies unter <http://www.matthias-w-birkwald.de> nachlesen, oder sich auch direkt an das Bernauer Wahlkreisbüro von Dagmar Enkelmann, Berliner Str. 17, wenden. Abschließend sei noch das Buch zum Thema: »Armut im Alter« empfohlen, das von Ch. Butterwegge, G. Bosbach und M. W. Birkwald herausgegeben wurde.



Internationaler Frauentag:

Teilhabe von Frauen eingeengt

In der Ortsgruppe der Volkssolidarität Nordend sind 149 Mitglieder organisiert. 79 Mitglieder, davon 95 % Frauen, feierten am 7. März im Hotel »Oma`s Speisekammer« in Lichterfelde den Internationalen Frauentag, der auch Weltfrauentag genannt wird und in diesem Jahr zum 102. Mal begangen wurde.

Die Feier war sehr gut durch die Leiterin der Ortsgruppe Nordend Frau Maeß organisiert worden. So wurden die Seniorinnen mit dem Bus abgeholt und auch wieder nach Hause gefahren. Nach einer kleinen netten Ansprache der Vorsitzenden der Nordend-Gruppe und der Ehrung von zwei Frauen für ihre langjährige Mitgliedschaft (Frau Gimmel und Frau Lutter) konnte die Feierlichkeit beginnen. Es gab Mittag und anschließend wurde ein Kulturpro-

gramm von zwei Berliner Künstlern vorgeführt, was sehr unterhaltsam und abwechslungsreich für die anwesenden Seniorinnen war.

Anschließend wurden interessante Gespräche geführt und Erinnerungen ausgegraben und auch über die heutige Zeit viel diskutiert. Da gab es interessante Diskussionen z.B. über Barrierefreiheit in Eberswalde, Altenpflegeeinrichtungen, Betreutes Wohnen, Einkaufsstätten für ältere Bürger und mehr.

Für viele Ältere sind gerade die Einkaufsmöglichkeiten problematisch. Viele vertreten die Meinung, daß im Wohngebiet Nordend eine Kaufhalle hätte bleiben sollen, wie z.B. im Stadtteil Ostend und im Leibnizviertel.

Auch wurde diskutiert, daß es immer noch eine Ungleichheit zwischen Männern und Frauen im Berufsleben gibt, sei es in leitenden Tätigkeiten, in Aufsichtsräten, Vorständen usw. Ich persönlich sage ja, man braucht den Weltfrauentag auch noch im 21. Jahrhundert, da die Gleichheit der Geschlechter weder in Deutschland noch in der Welt verwirklicht wurde.

In vielen Teilen der Welt ist die Teilhabe der Frauen sehr stark eingeengt, man kann nur Länder wie Afghanistan, Tschad, Mali, Jemen usw. benennen. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet für mich Menschenrecht.

MONIKA FRIEDRICH

Brandenburg 33

Rechtsextremisten beschäftigen sich obsessiv mit dem Nationalsozialismus und dem 2. Weltkrieg. Die Auseinandersetzung mit den aktuellen Nazis kommt also an einer eigenen Betrachtung der Zeit von 1933-1945 und den Jahren davor und danach nicht vorbei.

2013/14 jährt sich die Phase der Machtergreifung durch die Nazis zum 80. Mal. Die Webseite *Brandenburg 33* soll eine Darstellung des Prozesses der Entdemokratisierung von 1931-1934 auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg ermöglichen. Jede/r kann mitarbeiten, vor Ort recherchieren und einen Beitrag verfassen. So soll eine Sammlung von Kalenderblättern entstehen, die von lokalen Ereignissen berichten. Zudem dient das ganze Unterfangen der Vernetzung der Akteure.

Für Eberswalde existiert bisher ein Eintrag, der von der Bestattung von Carin Göring bei Eberswalde berichtet. Am 21. Juni 1934 wird danach ein Sonderzug am Eberswalder Bahnhof von der dortigen Bevölkerung sowie der Landespolizei, der SA und der SS empfangen. Die Überführung wurde dann mit dem Auto nach Carinhall fortgesetzt. Die von ihm nach seiner Frau benannte Privatresidenz Görings befand sich in der Schorfheide. In Carinhall unterhielt Göring eine hauptsächlich aus Raub- und Beutekunst bestehende Kunstsammlung. Eberswalde wurde einige Male von Hitler und Göring besucht. Beide wurden Ehrenbürger der Stadt. Da beschäftigt mich jetzt, ergänzend zu dem Kalenderblatt, die Frage, was vom NS-Kult um die Hitlerverehrerin Carin Göring in Eberswalde ankam. *KAI JAHNS*

Janow & Kapustin:

Kranzniederlegung

Anlässlich des 47. Jahrestages des Flugzeugunglücks der beiden Piloten B. W. Kapustin und J. N. Janow führt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde eine Kranzniederlegung am 6. April um 10 Uhr auf dem Garnisionsfriedhof in der Heegermühler Str. durch. Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde lädt hierzu alle Bürger ein. *WALDEMAR HICKEL*

»Ab Mai geht es weiter«

Wir brauchen keine »Feststeller« in Überzahl. Wir brauchen Veränderer, im friedlichen Kampf gegen den Unrechtsstaat BRD. Wir, die Neue Spartakusgruppe, tragen aktiv dazu bei, Veränderer zu werden. Ab Mai geht es an drei Orten mit unseren friedlichen Protesten weiter. Beispielsweise jeden ersten Montag im Monat, um 10 Uhr, am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel. Weitere Kundgebungen finden wie bereits im Vorjahr an Markttagen auf dem Potsdamer Platz und auf dem Eberswalder Marktplatz statt.

KARL-HEINZ BLÄTTERMANN

Anzeige

Liebe Freunde, Nachbarn und Genossen, für die überaus vielen, herzlichen und ehrenvollen Glückwünsche zu meinem 80. Geburtstag möchte ich mich auf diesem Wege bei allen bedanken. Mußte man erst 80 werden, um so eine Anerkennung zu erfahren? Ich verspreche, alles in meiner Kraft stehende zu tun, auch weiterhin im Dienste des gesellschaftlichen Fortschritts zur Herstellung eines linken Aktionsbündnisses in unserem Territorium beizutragen, um dadurch in einer harmonischen Umgebung weiter leben zu können.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

45 Jahre in Eberswalde:

Das Goethe-Denkmal schillert durch die Bäume

Eberswalde (bbp). Es war der 22. März 1968, als pünktlich um 16.45 Uhr der Zug in den Eberswalder Bahnhof einfuhr. Der Zug brachte die ersten 82 ungarischen Facharbeiter nach Eberswalde, die künftig aufgrund eines Regierungsabkommens zwischen der Volksrepublik Ungarn und der DDR im Kranbau Eberswalde und im Walzwerk Finow arbeiten sollten.

Gerő Pál gehörte zu dieser ersten Gruppe, die vor 45 Jahren nach Eberswalde kam. Zum Jubiläumstreffen des deutsch-ungarischen Freundeskreises im Klub »Heinrich Mann« des Eberswalder Kulturbundes in der Cottbuser Straße erinnerte er sich an den Empfang durch die Betreuer des VEB Kranbau Eberswalde Gerhard Hänssicke, Gerhard Fritz, Willi Schulz und Heinz Rex. Zum ersten Abendbrot gab es gefüllte Paprikaschoten, weiß er noch heute.

Berufliche Weiterentwicklung und das Lernen der deutschen Sprache waren neben der Abenteuerlust junger Männer Motivation, in die DDR zu kommen. Eine abgeschlossene Berufsausbildung war Voraussetzung für den auf drei Jahre befristeten Einsatz in der DDR. So konnten die Ungarn sofort nach ihrer Ankunft als Stahlbauschlosser und Maschinenarbeiter den Brigaden zugeteilt werden.

Gerő Pál: »Durch die Arbeit, Sport und gesellschaftliche Einbindung sowie private Erfolge bei den hübschen Damen wurden wir ganz schnell in Eberswalde anerkannt und heimisch. So kam es zu deutsch-ungarischen Ehen, deren Ergebnisse – als Kinder – nun auch schon teilweise über vierzig Jahre alt sind. Wir haben in der DDR, in Deutschland, Wurzeln geschlagen und wir bleiben hier. Denn 'einen alten Baum verpflanzt man nicht', wie man so schön sagt.«

Ende der 70er Jahre lief das Regierungsabkommen DDR-Ungarn aus. Ab 1978 war es die Montagefirma Limes-Egész, die mit 120 Arbeitskräften im Kranbau tätig war. Diese Firma gibt es noch, sie heißt heute Szeho Montage und Handels GmbH. Gut zehn Jahre später waren es die Ungarn, die mit der Öffnung der



Grenze nach Österreich die politische Wende in der DDR und in Europa mit einleiteten.

Das blieb auch für die ungarischen Arbeiter im Kranbau und im Walzwerk nicht folgenlos. Bis 1990 sahen sie sich täglich auf der Arbeit. Wie viele deutsche Werkstätige waren auch die Ungarn nach der Wende von Arbeitslosigkeit und beruflicher Neuorientierung betroffen. Mancher zog der Arbeit hinterher in andere Teile Deutschlands. Heute leben noch etwa 70 Ungarn in Eberswalde und im Barnim. Um den Kontakt untereinander nicht zu verlieren, gründete sich 1993 unter dem Dach des Eberswalder Kulturbundes der deutsch-ungarische Freundeskreis.

»Jeden letzten Freitag im Monat treffen wir uns im Klubraum in der Cottbuser Straße«, sagt Gerő

Pál. »Hier pflegen wir unsere ungarische Kultur und üben die deutsche und ungarische Sprache. Damit es beim Sprechen nicht zu trocken wird, gibt es zu erschwinglichen Preisen diverse Getränke und dazu Schmalzstullen und saure Gurken.«

Gerő Pál dankt im Namen des deutsch-ungarischen Freundeskreises besonders Kristina und Gyula Budavari für die viele organisatorische Arbeit sowie »allen Menschen, die die 45 Jahre mit uns gestaltet haben und unser Wohlbefinden und unsere Zufriedenheit hier in Eberswalde ermöglicht haben.«

Zum Schluß läßt Gerő Pál mit seinem Spruch des Tages noch anklingen, warum ihn seine Freunde neckisch »unseren Dichter« nennen: »Ist es nicht paradox, wenn ein Goethe-Denkmal durch Bäume schillert?«

Ver.di-Ausstellung:

Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse

Berlin (ver.di). »Im Fokus: Die Gewerkschaftsmitglieder – Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse« heißt eine aktuelle Ausstellung in der ver.di-MedienGalerie in Berlin, Dudenstr. 10. Sie dokumentiert die Vorgeschichte und die gewaltsame Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Gezeigt werden Titelseiten verschiedener Verbands-Organe aus dem Jahr 1933, deren Schlagzeilen die Entwicklung von freier Berichterstattung über Erscheinungsverbote bis zur völligen Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten nachvollziehbar machen.

Nach der Maxime: »Wissen ist Macht - Macht ist Wissen«, investierten die freien Gewerkschaften viel Geld in ihre Presse- und Bildungsarbeit. 1929 gaben sie 13,2 Millionen Reichsmark dafür aus. Sie veröffentlichten 33

Verbands-Organe, ein Dutzend Branchenblätter und sonstige Zeitschriften, 16 Jugendblätter und 16 fachtechnische Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 6,1 Millionen.

»Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein«, wurde von Gewerkschaftsredakteuren vor den zur Macht drängenden Nazis gewarnt. Es erschienen Artikel unter der Überschrift »Schlagt Faschismus und Reaktion«. Nach Hitlers Machtübernahme am 30. Januar 1933 verbot das vom NSDAP-Minister Frick geleitete Innenministerium immer wieder einzelne Gewerkschaftsblätter. Überfälle von Nazitruppen auf Gewerkschaftseinrichtungen und Funktionäre häuften sich.

Angesichts des Terrors wichen die Gewerkschaften mehrheitlich zurück. Sie flüchteten in

Anpassungsstrategien bis hin zur Selbstverleugnung. Am 1. Mai 1933 forderten sie ihre Mitglieder gar auf, an den von den Nazis organisierten Massenaufmärschen zum »Feiertag der Nationalen Arbeit« teilzunehmen. – Am 2. Mai 1933 besetzten Sturmtruppen der SA und SS die Häuser der freien Gewerkschaften. Sie verwüsteten Büros, verhafteten Funktionäre und beschlagnahmten die Vermögen. Die freien Gewerkschaften hatten aufgehört zu existieren.

Die vom ver.di-Archiv in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Medien, Kunst und Industrie ver.di Berlin-Brandenburg erarbeitete Ausstellung »Im Fokus: Die Gewerkschaftsmitglieder – Die Gleichschaltung der Gewerkschaftspresse« läuft noch bis zum 28. Juni 2013.

MedienGalerie im Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin, www.mediengalerie.org

Stemmen, draufsatteln und mit aller Kraft vorwärts

Immer, wenn Führungskader der bürgerlichen Parteien zu Worte gebeten werden, um Anliegen der EU zu kommentieren oder den »Menschen draußen im Lande« zu erklären, was Sache ist, bedienen sie sich – als wär das ausgemacht – bestimmter Wörter und Wendungen, die aus dem Milieu der schuftenden Klasse und in Sonderheit der angestregten körperlichen Arbeit stammen.

Wenn, reden wir mal über den Blockfreund Rösler, in Wirtschaftsangelegenheiten was zu tun ist, wird die betreffende Aufgabe nicht etwa gelöst, sondern »gestemmt«. Soll nicht nur heißen, daß es was Schwieriges ist, sondern auch, daß der körperliche Hänfling über die Konstitution eines Eisenbiegers oder Gewichtshebers verfügt. Auch »schultern« wird gern genommen oder »draufpacken«, was die Extrembelastungen des Amtes unterstreichen soll – wir tragen schwere Lasten, wir, die Grautiere der Nation.

Ein leicht romantisierender, an Cowboyfilme erinnernder Tenor kommt hinzu, wenn vom »Draufsatteln« geschwafelt wird. Aus den Eseln sind dann plötzlich Reiter geworden, die sich bzw. ihrem Roß zusätzlich was aufbürden; Diätenerhöhungen zum Exempel. Ist ein fragwürdiges Gesetz drauf und dran, angenommen zu werden, muß es »festgezurr« werden – wie es die Cowboys mit den Mustangs tun, damit die sich an die Stallhaltung gewöhnen.

Eine Chance für die Freidemokraten sah einer aus deren Chefetage, als er nach dem Einzug in den neuen Bundestag befragt wurde, darin, die derzeit miserablen Umfrageergebnisse »hochzuwuchsen«. Dann könne man die Fünfprozenthürde durchaus »reißen«, worauf es darum gehe, das Erreichte »festzuklopfen«. Überall harter Werktag!

Die Herrschaften machen sich, verbal, mit denen gemein, die tagtäglich schwer zu tragen

und zu arbeiten haben in der Realwelt, um sich den Anschein von Nähe und Verständnis zu geben. Ihre Kontoauszüge oder ihre schwielenlosen Hände könnten sie ja auch schlecht vorzeigen. Man lebt weiter in seinen Kreisen, läßt sich beim Star-Ondulierer frisieren, läßt sich mit Maschmeyer und seiner unsäglichen Vroni ablichten, läßt sich hingefurzte Reden fürstlich bezahlen – bis ein Interviewtermin ins Haus steht. Dann wird wieder in die Hände gespuckt und gestemmt und gewuchtet und der Tarnanzug übergestreift.

Man kann es natürlich auch ganz anders machen, denn die sprachliche Populismusvariante ist nur eine unter mancherlei anderen. Man kann auch einen Unterrichtstag in der Produktion wählen, wie es Hannelore Kraft seit einiger Zeit als NRW-Landesmutter tut. In gepanzerter Limousine läßt sie sich vor Chemiewerke, Mastanlagen und Kläranlagen fahren, hüllt sich korrekt in Berufskleidung, gibt den Kameraleuten kurze Regieanweisungen und wird fortan zur Proletin. Immerhin – sie hält das Ereignis volle acht Stunden durch und läßt sich auch von den Kurzzeitkollegen duzen. Westerwelle käme nie auf einen solchen Einfall, Steinbrück würde schon am Fabriktor ausgepiffen und – Hilfe! – sich das rollende Errr, die Ministerin Aigner, beim Rübenverziehen vorzustellen, sprengt jedes Vorstellungsvermögen.

Ist die Methode Kraft nun schon Populismus oder Ausdruck von (Wahl-)Volksnähe?

Um diese komplizierte Frage zu beantworten, genügt ein Gedankenexperiment. Nehmen wir mal an, ein gewisser Gregor Gysi verführe nach Krafts Beispiel. Alles klar? Was würden die staatsnahen Medien mit der Populismuskeule draufhauen!

Man kann mit Gysi allerdings auch umgehen wie der vorläufig in die kalifornische Ölwüste geschickte Freiherr und die enttitelte Frau Schavan mit ihren Doktorarbeiten – man versucht es mit Plagiaten. Nachdem sich sehr zeitverzögert auch die C-Parteien entschlossen haben, über das leidige Problem der »flächendeckenden Mindestlöhne« nachzudenken, donnerte der Arbeiterführer Steinbrück zornentflammt los: »Wir sind das Original...!« und wiederholte den kühnen Satz mehrfach. Vergaß aber, wahrscheinlich wegen Überlastung, der Betreuung seiner Kleinkinder und terminlicher Anderweitigkeiten, die Quelle für seine Originalität zu nennen.

Hätte er es getan, war er auf den Teufel Gysi gestoßen, der seit Jahrhundertanfang eben diese Lohngerechtigkeit fordert. Müntefering und Erzengel Gabriel nannten das – seinerzeit –, na wie wohl? Populismus. Und Münte setzte noch eins drauf: »Typisch für zu naives Denken...«

Und nun soll ein später Naivling sogar Kanzler werden. Eine flächendeckende Erhöhung der Amtsbezüge hat er schon angemahnt. Diesmal kam er ganz allein auf die Idee.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Wandertips

7. April 2013., Sonntag, Die Ida Eiche im Cöthener Park 5km Wanderung

Lothar Grewe, ehemaliger Ranger bei der Naturwacht, führt heute durch den Park von Carl von Jena. Dabei wird die Ida Eiche besucht, welche für die Tochter Ida damals mit einer Treppe versehen war. Vorbei am Wasserrad geht es wieder nach Falkenberg. Anmeldung unter 03344-333200.

Treff: 13.30 Uhr Eichholz-Küche, Eichholzstraße 11, 16259 Falkenberg

Gebühren: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt 1,10 Euro (Kinder, NaturFreunde, Freienwalder Kurkarte), NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

13. April 2013, Sonnabend, Großes Anwandern in Bad Freienwalde

Die Tour 1 (13 km; 4,5 Stunden) mit dem Namen Turm-Tour beginnt um 10 Uhr in 16259 Falkenberg Ortsteil Papierfabrik (Kostenloser Bus-Shuttle dorthin ab Bahnhof Bad Freienwalde um 8.30, 9 und 9.45 Uhr und ab Bahnhof Falkenberg/Mark ab 9.30 Uhr). Start ist am Bismarckturm (Besichtigung und Besteigung) Auf dem Turmwanderweg werden alle 4 Freienwalder Türme erwandert und am Ende winkt das Turm-Diplom. Watzmann, Mariannenschlucht, und Karpaten werden dabei passiert bis am Ende die Waldgaststätte Köhlerei erreicht wird.

Die Tour 2, eine Nordic-Walking Tour beginnt jeweils um 12.15 und 13.15 Uhr und startet und endet an der Waldgaststätte Köhlerei, Sonnenburger Straße 3, 16259 Bad Freienwalde.

Die Tour 3 (15 km; 5,5 Stunden) ist für den sportlichen Wanderer gedacht. Sie ist sehr anspruchsvoll und startet um 9.50 Uhr am Bahnhof Falkenberg/Mark und führt ebenfalls auf dem Turm Wanderweg zum Turm-Diplom.

Die Tour 4 (3 km; 1 Stunde) wird von den NaturFreunden organisiert und geführt und ist speziell für Familien mit kleinen und größeren Kindern konzipiert. Sie nennt sich »Vom Wunschbrunnen zum Koboldschatz«. Sie startet um 13 Uhr von der Fachklinik Moorbad Bad Freienwalde, Gesundbrunnenstraße 33. Es geht vorbei am Wunschbrunnen und Brunnenkirchhof auf den Gustav-Schüler-Weg bis zur Kapelle. Von hier einige Meter auf dem Siebenhügelweg bis zum Wurstbaum, wo es eine kleine Schatzsuche geben wird, denn die Kobolde haben hier einige Goldtaler versteckt. Kurz nach dem Waldfriedhof ist auch schon gegen 14 Uhr die Waldgaststätte Köhlerei erreicht. Ab Waldgaststätte Köhlerei ist ein kostenfreier Bus-Shuttle für die Rückfahrt eingerichtet.

BERND MÜLLER

Eiszeitland im Rathaus

Eberswalde (prest-ew). Vor ca. 15.000 Jahren schuf das Inlandeis der Weichsel-Kaltzeit die vor unserer Haustür liegenden Landschaft mit bewaldeten Höhenzügen, sanften Hügeln und verträumten Seen. Danach übernahmen Wasser und Wind die weitere Formung. Zahlreiche, imposante Findlinge sind Zeugen der Kraft des Eises. Der Mensch richtete sich in dieser geologisch jungen Landschaft ein, gewann Rohstoffe und baute aus den Feldsteinen Wohnhäuser und Kirchen. Heute finden man hier verträumte Dörfer und kulturträchtige Städte.

Der Geopark war inzwischen zum sechsten Mal die Kulisse für das kreative Schaffen von Künstlern der Region. Dabei gelang es, den Charme des hügeligen Jungmoränengebietes mit Stift, Pinsel oder Kreide auf die Leinwand zu bannen. Auf diese Weise entstand eine sehenswerte Ausstellung von Bildern, die für ein Jahr als Wanderausstellung durch den Nationalen GeoPark Eiszeitland am Oderrand zieht.

Im Eberswalder Rathaus werden die einzigartigen Werke noch bis zum 26. April montags bis donnerstags in der Zeit von 7 bis 18 Uhr und freitags von 7 Uhr bis 13 Uhr zu sehen sein.

3. Völkerballturnier der Toleranz

Vor zwei Jahren hatten die Zonenboys Eberswalde e.V. die Idee, mit einem Völkerballturnier für einen toleranten Nordosten Brandenburgs zu werben. Aus der Flaute von damals ist in der Zwischenzeit eine Sportveranstaltung mit Kulturcharakter geworden.

Die Veranstalter rechnen bei der 3. Auflage ihres Turniers, das am 27. April stattfindet, mit 12 bis 16 teilnehmenden Mannschaften. Die Mannschaften kommen aus allen Gesellschaftsbereichen: Parteien, Unternehmen, Sportvereine und Verbände. Das Starterfeld ist auch, was das Alter der Teilnehmer angeht, bunt durchmischt. Im vorigen Jahr gingen Sportler im Alter von 6 bis 63 an den Start. Es besteht natürlich auch die Möglichkeit als gemischte (Frauen und Männer) Mannschaft an den Start zu gehen. Ein Team muß für die Anmeldung lediglich aus mindestens 6 und maximal 10 Sportlerinnen oder Spielern bestehen. Ziel der Sportart ist es, die gegnerische Mannschaft durch abwerfen der Spieler zu dezimieren, was leichter klingt als es ist.

Natürlich wird auch abseits des Völkerballturniers vieles geboten. So werden, wie in den Vorjahren, auch eine Kinderbetreuung, Info- und Mitmach-Stände sowie die schon legendäre Zonenboys Grillbude vor Ort sein und dafür sorgen, daß Sportler und Besucher einen tollen Tag im Sinne eines toleranten Miteinander erleben können. Für die »Kleinen« lassen sich die Veranstalter in diesem Jahr etwas ganz besonderes einfallen. Mit einer Handballolympiade, bestehend aus fünf Disziplinen, können die Kinder spielerisch in Kontakt mit der Sportart

Handball kommen. Natürlich gibt es für jeden Teilnehmer auch einen Preis und wie bei einer Olympiade üblich auch eine Siegerehrung mit Medaillenvergabe. Auch das Stadtteilmagazin im Brandenburgischen Viertels »Maxe« wird mit einem Stand vertreten sein und über die Arbeit der Kiezzeitung informieren.

Die Vorrundenspiele starten am 27. April, um 9 Uhr, in der Sporthalle Finowtal (REKI e.V., ehem. SV Medizin – Schorfheidestraße 30, 16227 Eberswalde). Kurzentschlossene können sich noch bis zum 20. April über die Internetseite voelkerball.zonenboys.org anmelden. Die Zonenboys erwarten Sie.

MIRKO WOLFGRAMM

2. Treppenlauf

Eberswalde (rw/bbp). Eis und Schnee machten auch den Treppenläufern vom Finower Waserturm einen Strich durch die Rechnung. Ursprünglich sollte der Wettkampf um die 261 Stufen am Wochenende vor Ostern stattfinden. Als neuer Termin ist nun Sonntag, der 14. April, vereinbart worden. Beginn des 2. Treppenlaufs ist 10 Uhr. Anmeldungen sind an den Kreissportbund Barnim in der Heegermühler Straße 63 zu richten (eMail: info@kreissportbund-barnim.de).

Ostern 2013

*Ein Blick durchs Fenster
Sagt uns: Heute Nacht
Hat der Kalender
Einen Sprung rückwärts gemacht.*

*Die Frühlingsblümchen
Ach – o weh –
Haben sich versteckt
Unter einer Decke von Schnee.*

*Sie träumen von Frühling und Sonnenschein
Von Vogelgezwitscher und Ringelreih'n.*

Und wir träumen mit!

ANNEMARIE MARKMANN

Filmvorführung: »Fremd«

von Miriam Faßbender
**16. April, 19.30 Uhr, in der Aula der
Hochschule für nachhaltige
Entwicklung Eberswalde (FH)**

Freizeithünstler stellen aus:

GISELA KREMZOW und LORENZ WALD
Bahnhofstreff · Einrichtung der Volkssolidarität
Barnim e.V. · 16227 FINOW, Bahnhofstr. 32

Kulissen der Staatsmacht

Am 13. April um 10 Uhr treffen sich die Mitglieder der Eberswalder Regionalgruppe des »RotFuchs« im Palmencafé Altenhof (Adolf-August-Str. 1) zu ihrem dritten Lesertreffen im Jahr 2013. Zum Thema »Hinter den Kulissen der Staatsmacht« spricht Horst Liebig.

Vorstand RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/ und ../bbp-blog/
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: AfA, Gramzow, Krafczyk, Markmann (4), Mierau, Rud-Wolga
drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
redaktionsschluß: 28. März 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 25. April 2013, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)